Zum Inhaltsverzeichnis

3 | 2024

HLZ

77. Jahr

Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen

TITELTHEMA: Rechtsextremismus | Koalitionsvertrag

Rubriken

Kommentar: Nie wieder ist jetzt! 3

Spot(t)light: Fürs Leben abhärten 4

Meldungen: Auftakt Tarifrunde Hessen und weitere 5

Recht: Arbeitszimmer und Einkommensteuer 34

Recht: Personalratswahlen vorbereiten 35

Briefe | Meldungen 36

Jubiläen | Termine 37

Nachrufe | Magazin 38

Impressum 39

Titelthema: Rechtsextremismus

Die AfD als zweitstärkste Fraktion im Landtag 6

Interview mit Philipp Jacks zur Kampagne #AfDnee 8

Angebote des Beratungsnetzwerks Hessen 10

Demokratische Schulentwicklung 12

Interview mit Christa Kaletsch über Jugendpartizipation 14

Beharren statt nachgeben: Strategien gegen Rechts 16

Buchbesprechung: Faschismus. Und wie man ihn stoppt 18

Demonstrationen für Demokratie und Menschenrechte 19

Titelthema: Koalitionsvertrag

Schulische politische Bildung 20

Jugendbeteiligung und Demokratie 21

Digitalisierung von Schule 22

Schulen für Erwachsene 23

Einzelbeiträge

Neue Ministerinnen und Minister im Amt 24

Lehrkräftemangel: Entspannung an Grundschulen? 25

Sprachverbote: Vom Gendern und anderen Sorgen 26

PISA-Schock 2.0? Ergebnisse PISA und IQB-Bildungstrend 28

Europawahl 2024: Wählen ab 16 als Chance 30

Das Fach Arbeitslehre an hessischen Schulen 32

Ukraine: Gewerkschaftliche Solidarität 33

Fortbildungsangebote von lea

40

Tarifrunde Hessen

Die dritte, voraussichtlich entscheidende, Verhandlungsrunde ist für den 14. und 15. März 2024 geplant. Die GEW Hessen informiert tagesaktuell auf ihrer Homepage und ihren Social Media-Kanälen über geplante Aktionen sowie aktuelle Entwicklungen.

Spenden für Schulen nach Erdbeben

Die GEW Hessen startet eine Spendenaktion für die zerstörten Schulen in Antakya in der Türkei. Ein Jahr nach der Katastrophe ist die Situation vor Ort immer noch verheerend.

Nähere Informationen finden sich online unter:
https://gew-hessen.de/details/gew-hessen-startet-spendenaktion-fuer-schule-in-tuerkei

Spendenkonto

Kontoname: GEW Landesverband Hessen

IBAN: DE88 6609 0800 0000 9054 10

Swift-Bic: GENODE61BBB

Verwendungszweck: Spende für Antakya

Neue Landesregierung

Am 18. Januar hat sich der Hessische Landtag konstituiert und Boris Rhein (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt. Anschließend ernannte dieser das neue Kabinett. Wir stellen in dieser Ausgabe die für den Bildungsbereich wichtigen neuen Ministerinnen und Minister vor (S. 24). Zudem setzen wir die in der Februar-Ausgabe begonnene Auswertung des Koalitionsvertrags fort (S. 20-23).

Nie wieder ist jetzt!

In den letzten Wochen hat die investigative Arbeit von Correctiv die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen. Die Enthüllung eines rechtsextremen Netzwerkes, zu dem einflussreiche Personen aus AfD und Werteunion gehören, hat zu landesweiten Demonstrationen geführt. Tausende sind in Groß- und Kleinstädten gegen Rechtsextremismus und für Demokratie auf die Straße gegangen. Auch hier in Hessen waren viele Kolleginnen und Kollegen dabei. Diese Proteste müssen als dringende Mahnung verstanden werden: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Faschismus in unserer Gesellschaft ist von essenzieller Bedeutung für die Zukunft unserer Demokratie! Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass der Einfluss rechtsextremer Ideologien nicht vor den Türen von Kitas, Schulen und Hochschulen haltmacht. Diese sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch soziale Räume, in denen junge Menschen Werte und Normen vermittelt bekommen, die für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft grundlegend sind.

Simone Claar
Stellvertretende Vorsitzende
der GEW Hessen

Rechtsextreme Gruppierungen zielen darauf ab, die Grundwerte der Aufklärung und Toleranz, die im Bildungssystem fest verankert sein sollten, zu untergraben. Sie stellen eine direkte Bedrohung für Minderheiten und marginalisierte Gruppen dar. Deswegen ist die Bekämpfung nicht nur von Rechtsextremismus, sondern auch von Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus sowie anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit notwendig. Zur Prävention gehört die Förderung einer offenen Diskussionskultur und die Implementierung von Bildungsinhalten, die sich mit der Geschichte und den Gefahren des Rechtsextremismus auseinandersetzen. In einer Zeit, in der autokratische Tendenzen weltweit an Stärke gewinnen, erinnern wir uns, dass Demokratie ständig verteidigt und erneuert werden muss. Die aktive Teilhabe am demokratischen Willensbildungsprozess – sei es durch Wahlen, Beteiligung am öffentlichen Diskurs oder eben an Demonstrationen – ist essenziell, um den Raum für pluralistische und inklusive Gesellschaftsmodelle zu bewahren und auszubauen.

Auch im Jahr 2024 gehört dazu, sich im Rahmen des Equal Pay Days und des Internationalen Frauentags für die Gleichberechtigung aller Geschlechter einzusetzen. Der Kampf für die Rechte von Frauen* ist unverzichtbar für den Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Rechtsextreme Ideologien zielen auch darauf ab, patriarchale Strukturen zu festigen und die Errungenschaften der Frauen- und Queerbewegung rückgängig zu machen. Die Verteidigung und Weiterentwicklung von Rechten, unabhängig vom Geschlecht, ist daher nicht nur ein Kampf für Gleichberechtigung, sondern auch ein Kampf gegen jene Kräfte, die unsere demokratischen Grundwerte untergraben wollen. Gleichzeitig definiert das biologische Geschlecht immer noch die Rolle in der Gesellschaft. Frauen* werden weiterhin strukturell diskriminiert: ungleiche Bezahlung, unbezahlte Sorgearbeit, schlechtere berufliche Perspektiven, fehlende finanzielle Absicherung sowie limitierter Zugang zu Leitungsfunktionen und politischen Ämtern, um nur ein paar Punkte zu nennen. Eingefahrene Muster in unserer gesamten Gesellschaft, auch in der Gewerkschaft, müssen aufgebrochen werden, um Gleichberechtigung zu leben.

Das Eintreten für eine Gesellschaft, die Vielfalt, Demokratie und Gleichberechtigung sichert, ist eine zentrale Säule unserer GEWerkschaftlichen Arbeit. Wir haben die Verantwortung, die Demokratie sowie die Menschenrechte für alle zu schützen!

Zum Inhaltsverzeichnis

Fürs Leben abhärten

Gabriele Frydrych

Der Zuschauersaal füllt sich langsam. Im Orchestergraben werden die Instrumente gestimmt. Etliche Kinder schauen den Musikern gespannt zu. Heute ist Familientag in der Oper. Kinder zahlen auf allen Plätzen nur zehn Euro. Auch die Erwachsenen bekommen attraktive Ermäßigungen.

Die Opernbühne wird von einem Vorhang verdeckt, auf dem kindgerecht ein riesiger gehäuteter Tierkopf mit einem trüben Auge zu sehen ist. Es wird eine Oper gezeigt, die gerade für Vorschulkinder wunderbar geeignet ist: „Carmen“, eine leidenschaftliche Liebestragödie, die in einem Eifersuchtsmord gipfelt. Die Vorstellung dauert drei Stunden, und wenn man An- und Abreise mitrechnet, hat man seine Kinder gut fünf Stunden beschäftigt. An der Garderobe bekommen Winzlinge auch Sitzkissen, damit sie etwas vom Bühnengeschehen mitbekommen.

Als der blutrünstige Vorhang sich hebt, kommen die vielen Grundschulkinder im Publikum voll auf ihre Kosten. Immer mal wieder hängt ein toter Stier von der Decke oder liegt dekorativ neben der Hauptdarstellerin, die Beine nach oben gestreckt (der Stier, nicht die Hauptdarstellerin). Die bekommt vom Torero die Stierhoden geschenkt, spielt damit eine Weile rum und lässt sie dann in den Orchestergraben fallen. Nein, nein, keine echten Hoden. Der Stier ist vermutlich aus Pappmaché. Die Schmuggler in dieser zeitgenössischen „Carmen“ vertreiben Organe. Kinder können gar nicht früh genug lernen, dass man sich in einer Zweiklassengesellschaft Nieren und Herzen kaufen kann. Bei entsprechenden finanziellen Möglichkeiten. Auf der Tribüne liegen in einer Szene ein paar ausgeweidete Leichen rum. Drei wilde Weiber spielen ein wenig mit Nieren und Herzen, bevor die im Köfferchen der Organhändler verschwinden. Hinter mir flüstert es bisweilen. Eine Mama erklärt ihrem Vierjährigen Details. Anscheinend ist der Kleine ein wenig zurückgeblieben.

Für kleine Kinder sind gewiss auch die Szenen ausgesprochen vergnüglich, in denen Männer reihenweise an einer Wand kopulierende Bewegungen ausführen, bis sie tot umfallen. Der Höhepunkt ist erreicht, wenn Don José die schreiende Carmen ersticht, ein wenig rumbastelt und ihr herausgeschnittenes Herz triumphierend in die Höhe hält.

Ich musste mich als Kind noch mit „Peterchens Mondfahrt“ und „Hänsel und Gretel“ begnügen. In einer völlig harmlosen Fassung. Die Hexe kam durch mahnende Worte zur Einsicht und musste nicht in den Backofen geschoben werden. Einmal nahm mich mein Vater mit in einen Kriminalfilm, als ich elf Jahre alt war. Grusel entstand damals nur durch Musik und Geräusche, durch Schatten und Schreie. Man sah keine Blutlachen, keine verstümmelten Leichen, keine abgetrennten Köpfe. Total langweilig. Da haben es die Kinder heutzutage wirklich besser. Bereits im Vorabendprogramm können sie jede Menge Leichen goutieren. Oder in einer Oper wie „Carmen“. Die Altersangabe (ab 14 Jahren) ist ja nur eine Empfehlung, der man nicht weiter Folge leisten muss.

Ich würde nur gern den Shitstorm sehen, wenn eine Lehrerin mit ihrer Grundschulklasse diese Aufführung besuchen wollte ... Vermutlich bekäme sie von der Opernverwaltung erst gar keine Karten für zehnjährige Kinder. Und danach ginge ein Protestorkan durch Elternschaft und Presse, wie eine Lehrerin es wagen könne, kleine Kinder solchen Gewaltbildern auszusetzen. Sie hätte sich vorher im Internet über die Inszenierung informieren müssen! Dort stehen jede Menge detaillierte Beschreibungen und Kritiken! Aber auf so eine blöde Idee, mit einer 4. Klasse diese Oper zu besuchen, würde eine Lehrerin vermutlich nicht kommen. Oder steht im Grundschul-Curriculum jetzt neben der Medienkompetenz auch psychische Abhärtung und Trauma-Resilienz?

Exodus aus dem Schuldienst?

Die Fraktion der FDP fragte in der vergangenen Legislaturperiode nach der Zahl der Lehrkräfte, die in Hessen den Schuldienst vorzeitig verlassen haben. Die vom Kultusministerium in seiner Antwort vorgelegten Zahlen haben für Aufsehen gesorgt (Drucksache 20/11695).

Aus Sicht der GEW ist der Trend besorgniserregend, denn die Zahl der Lehrkräfte, die auf ihren Wunsch hin vorzeitig aus dem Schuldienst ausgeschieden sind, hat sich in nur vier Jahren verdoppelt. Im Jahr 2018 hatten 39 verbeamtete und 81 unbefristet angestellte Lehrkräfte den Schuldienst quittiert. 2022 waren es dann 122 verbeamtete und 106 unbefristet angestellte Lehrkräfte. Das Kultusministerium versuchte diese Zahlen zu relativieren, indem es auf die Gesamtzahl von rund 64.000 verwies.

Islamischer Religionsunterricht wird fortgeführt

Das Hessische Kultusministerium teilte am 11. Januar mit, dass der bekenntnisorientierte Islamunterricht in Kooperation mit DITIB Hessen fortgeführt wird. Die Kooperation mit dem hessischen Landesverband war 2020 ausgesetzt worden, vor allem aufgrund von Zweifeln an der Unabhängigkeit von der türkischen Religionsbehörde und damit vom türkischen Staat. Dagegen war DITIB Hessen 2022 mit Erfolg gerichtlich vorgegangen. Das Kultusministerium begründete seine jetzige Entscheidung mit dem Ergebnis einer erneuten wissenschaftlichen Begutachtung. DITIB Hessen habe keinen konkreten Anlass zu Zweifeln an seiner Unabhängigkeit geboten. Gleichwohl bestünde weiterhin eine verstärkte staatliche Beobachtungspflicht.

Islamischer Religionsunterricht in Kooperation mit DITIB Hessen wird im Schuljahr 2023/2024 nach Ministeriumsangaben an 32 Schulen angeboten, 27 Grundschulen und fünf weiterführende Schulen. Hinzu kommt der in Zusammenarbeit mit Ahmadiyya Muslim Jamaat angebotene Islamunterricht.

GEW gewinnt neue Mitglieder hinzu

Die DGB-Gewerkschaften haben 2023 deutlich mehr neue Mitglieder gewonnen als in den Jahren zuvor. Aufgrund der vielen Eintritte erzielte die GEW unterm Strich bundesweit ein Mitgliederwachstum von 1,1 Prozent. Die GEW Hessen hat im vergangenen Jahr in absoluten Zahlen rund 200 Kolleginnen und Kollegen hinzugewonnen. Damit gehören ihr in diesem Bundesland 24.500 Mitglieder an.

Nach Gerichtsurteil: „Luca muss Lehrer bleiben!“

Das Frankfurter Landgericht hat den angehenden Lehrer Luca am 31. Januar 2024 zu einer Bewährungsstrafe von sieben Monaten verurteilt. Dadurch kann er voraussichtlich nicht zum Vorbereitungsdienst zugelassen werden. Ihm wird – auf sehr fragwürdiger Grundlage – Landfriedensbruch im Zusammenhang mit einer Demonstration am 1. Mai vorgeworfen. Die GEW unterstützt eine Petition für Luca.

10,5 Prozent, mindestens 500 Euro monatlich! Tarifverhandlungen mit dem Land gestartet

Am 14. Februar fand in Wiesbaden die erste Runde der Tarifverhandlungen für die rund 56.000 Tarifbeschäftigten des Landes Hessen statt. Der GEW-Verhandlungsführer und Landesvorsitzende Thilo Hartmann bekräftigte im Vorfeld die Forderung nach Einkommensverbesserungen in Höhe von 10,5 Prozent, mindestens 500 Euro monatlich bei einer Laufzeit von einem Jahr: *„Die Beschäftigten im Landesdienst erwarten angesichts der sehr hohen Inflation in den Jahren 2022 und 2023 einen deutlichen Lohnzuwachs. Ein hoher Abschluss ist aber auch notwendig, damit das Land Hessen auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft überhaupt bestehen kann.“*

Die Tarifverhandlungen für die hessischen Landesbeschäftigten werden seit dem Austritt aus dem Arbeitgeberverband „Tarifgemeinschaft deutscher Länder“ (TdL) eigenständig geführt. Für den Bereich der TdL wurde am 9. Dezember 2023 ein Tarifabschluss erzielt, der weitgehend dem Abschluss für Bund und Kommunen vom Frühjahr 2023 entspricht. Die dritte, voraussichtlich entscheidende, Verhandlungsrunde findet am 14. und 15. März in Bad Homburg statt.

GEW-Aktive machen dem neuen Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck als Verhandlungsführer des Landes vor Verhandlungsbeginn am 14. Februar in Wiesbaden deutlich, dass sie es ernst meinen.

Zum Inhaltsverzeichnis

Entzaubern und distanzieren!

Die AfD als zweitstärkste Fraktion im Hessischen Landtag

Benno Hafeneger *

Es gibt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine lange Tradition von antiliberalen, demokratie- und menschenfeindlichen Mentalitäten und Tendenzen. Dazu gehören auch parteipolitische Erfolge und parlamentarische Repräsentanz – zu erinnern ist an die Schill-Partei in Hamburg, die NPD und Republikaner, die zeitweise in Landesparlamenten und vielen kommunalen Parlamenten vertreten waren. So war die NPD Mitte der 1960er Jahre eine Legislaturperiode im Hessischen Landtag. Diese Wahlerfolge waren ein Hinweis auf das Einstellungspotential in der Gesellschaft, aber parlamentarisch blieben sie vorübergehende Phänomene. Sie wurden in den Parlamenten von den demokratischen Parteien weitgehend ignoriert und ausgegrenzt – verbunden mit der Hoffnung, dass sie bald wieder von der parlamentarischen Bühne verschwinden werden.

AfD – eine „normale“ Partei in Hessen?!

Mit der antidemokratischen und teilweise als gesichert rechtsextrem geltenden AfD ist die Situation anders, sie ist im Bundestag, in fast allen Landesparlamenten und vielen kommunalen Parlamenten vertreten. Prognosen zeigen wiederholt, dass sie bei den kommenden Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen wahrscheinlich über 30 Prozent erhält. Dabei sind die Wahlmotive vielschichtig und wiederholt untersucht worden. Sie reichen von überzeugtem Gesinnungswahlverhalten und Bekenntnisbereitschaft bis hin zum diffusen Protest und Misstrauen in politische Institutionen, dann Gefühlen der Enttäuschung, des Benachteiligt- und Abgehängtseins, der Frustration, fehlender Anerkennung und des Nichtgehörtwerdens.

Bei der Landtagswahl in Hessen vom 8. Oktober 2023 erzielte die AfD ein Wahlergebnis von 18,4 Prozent und kam damit auf 28 Abgeordnete. Gegenüber der Landtagswahl 2018 steigerte sie ihren Stimmenanteil um 5,3 Prozent und konnte neun Mandate hinzugewinnen. Damit ist sie auch in Hessen eine „normale“ Partei geworden, zweitstärkste Fraktion und vor den Grünen und der FDP stärkste Oppositionsfraktion. Sie hat mittlerweile ein Mitglied aus der Fraktion ausgeschlossen und ist – mit zwei weiblichen Abgeordneten – letztlich eine Männerfraktion.

Parlamentarische Strategien der AfD

Die Studien und Erfahrungen über die Strategien und Interventionen sowie das Verhalten der AfD in Landesparlamenten – so auch in Hessen – zeigen unterschiedliche Akzente. Hier sind vor allem fünf hervorzuheben.

1. Die AfD musste zunächst die Parlamentsarbeit lernen. In der ersten Phase war es weniger frischer Wind als unauffälliges Verhalten. Das änderte sich sukzessive, und sie wurde in ihrem Auftreten und ihrer Rhetorik aggressiver und ausfallender. Das Parlamentsgeschehen wurde durch die AfD rauer und ruppiger. Sie nutzt das Parlament als Bühne und geriert sich fundamentaloppositionell. Sie lehnt die liberale und plurale demokratische Verfasstheit und die ganze Richtung der politischen Entscheidungen ab.

2. Auf der einen Seite versucht die AfD seriös und fleißig zu wirken, und sie gibt sich einen staatstragenden Anstrich. Das zeigen ihre Präsenz im Plenum und die große Zahl von Kleinen Anfragen und Anträgen zu allen möglichen Themen. Auf der anderen Seite ist ihre wiederkehrende Argumentation durchzogen von Stimmungsmache gegen bestimmte soziale Gruppen und hier vor allem gegen unbegleitete minderjährige Geflüchtete, dann gegen die Geschlechterforschung und engagierte menschenrechtliche, demokratische und kulturelle Initiativen. Weiter wird versucht, sich im Parlament als „Kümmererpartei“ und als Anwalt von Sicherheit und Ordnung, der heimischen Wirtschaft und des Handwerks zu präsentieren.

3. Mit Begriffen wie „Altparteien“, „Staatsversagen“ oder „Gender-Unfug“ sowie einer skandalisierenden und provozierenden Rhetorik wird der Untergang der Republik beziehungsweise des Landes an die Wand gemalt. Dann zeigen die Wortbeiträge und Formulierungen in den Anfragen zwei Merkmale: Mal wird mehr technisch, verdeckt und subtil, mal offen, direkt und aggressiv deutlich, was die AfD will. Es tritt zu Tage, was man rechtlich verändern und förderpolitisch abschaffen will und bekämpft. Dabei werden immer auch Vermutungen und Unterstellungen formuliert, politische und gesellschaftliche Probleme und Herausforderungen ethnisiert und kulturalisiert. Es wird versucht, gesellschaftliche Spielräume, die politische Kultur und Förderpolitik einzuschränken und nach rechts zu verschieben. So sieht sie zum Bespiel eine „Frühsexualisierung“ in der Schule und eine linksextreme Bildungswelt oder sie leugnet den Klimawandel und bewertet Investitionen in den Klimaschutz als Verschwendung von Steuermitteln.

4. Die AfD nimmt alle möglichen Landesthemen auf, aber ihre typischen Themenzentren dominieren. Das sind Asyl, Migration und Einwanderung, innere Sicherheit, Schule und Bildung, Linksextremismus, Gender und Kritik an der liberalen und pluralistischen Demokratie. Die Forderungen nach

Mittelkürzungen oder Streichungen im Landeshaushalt beziehen sich vor allem auf die Arbeit mit Geflüchteten, Migration und Integration.

5. Sie versucht, bisher ohne Erfolg, sich anderen Parteien – hier vor allem der CDU und FDP – anzubiedern, und arbeitet an ihrer Normalisierung, indem sie sich selbst als bürgerlich, freiheitlich, konservativ und national charakterisiert. Dabei bietet sie wiederholt eine Opfererzählung an und hofft auf einen Mitleidseffekt, weil sie von den anderen Parteien ausgegrenzt würde.

Diese Richtung ihrer parlamentarischen Aktivitäten und ihres Verhaltens wird die neue, jetzt stärkere Fraktion weiterverfolgen – und dies als „Kulturkampf" mit mehr Ressourcen und Möglichkeiten, mit mehr Selbstbewusstsein, Aggressivität und möglicherweise auch mit mehr Professionalität. Man wird sehen, mit wem die ausgeschriebenen Stellen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion besetzt werden. Das generelle Ziel ist, das Land – und die Republik – autoritär und völkisch umzugestalten.

Zum Umgang mit der AfD

Mit einer neuen Partei im Parlament mussten die demokratischen Parteien zunächst lernen umzugehen. Dabei war beziehungsweise wurde sukzessive klar, dass man es mit einer im Kern nationalistischen und völkischen Partei zu tun hat. Herausgebildet haben sich fünf differenzierte Umgangsformen, die als Mix angewandt ihre jeweilige Begründung haben: Keine Zusammenarbeit, Auseinandersetzen und entzaubern, Ignorieren, Abgrenzen und distanzieren, Ausschließen.

Die Strategie Ausgrenzen, das heißt parlamentarische Nichtbeachtung, gab es bei kleineren Fraktionen und in der bundesdeutschen Parlamentsgeschichte vor allem gegenüber der NPD und auch der ersten AfD-Repräsentanz. Dies wird bei der Stärke der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag kaum mehr gelingen und würde den von ihr gepflegten Opfermythos bedienen. Und zu beachten ist: Die parlamentarische Auseinandersetzung erfolgt zwar direkt mit der AfD-Fraktion beziehungsweise einzelnen Abgeordneten, aber sie richtet sich nicht an sie, sondern an die Öffentlichkeit.

Gute Politik gegen Stimmungsmache

Als Oppositionspartei hat die AfD keine Gestaltungsoption, ihre Merkmale sind Fundamentalkritik, aggressive Stimmungsmache und sich gegen die Anderen zu positionieren. Sie wird versuchen, die liberale und rechtsstaatlich verfasste Demokratie und ihre Verfahren – die sie verachtet – weiter zu delegitimieren. Dabei sind ihre Muster: skandalisieren, denunzieren, personalisieren und emotionalisieren. In den parlamentarischen Debatten ist – wie auch schon in der Vergangenheit – weiterhin und wiederholt mit Eklats zu rechnen.

Die AfD ist eine demokratisch legitimierte Partei – aber keine demokratische, sondern ein völkisch-nationalistische Partei mit Einbindungen und Kontakten in das weitere rechtsextreme Lager. Daher sollte immer auch ein Verbotsverfahren – das sich mit offenem Ausgang lange hinziehen würde – sorgfältig geprüft werden. Aber dies ersetzt keine überzeugende und gut kommunizierte Politik von Regierung und den demokratischen Parteien; verbunden mit einem „Dialog mit den Verunsicherten" (Steffen Mau), um dem Vertrauensverlust in die Politik und Demokratie in Zeiten von Polykrisen, komplexen Transformationsprozessen und Ungewissheiten entgegenzuwirken. Weiter geht es – um Vertrauen zurückzugewinnen – um die Zusammenarbeit in breiten Bündnissen der demokratischen Zivilgesellschaft und auch neue Formen der Beteiligung.

* Prof. Dr. Benno Hafeneger ist Erziehungswissenschaftler an der Philipps-Universität Marburg im Ruhestand.

Umgangsformen der demokratischen Parteien mit der AfD

Keine Zusammenarbeit: *Generell gilt für die demokratischen Parteien, maximale Distanz und Abgrenzung zu wahren sowie jegliche Form der Zusammenarbeit und Normalisierung – Stichwort „Brandmauer", die es aber auf lokaler Ebene schon lange nicht mehr gibt – auszuschließen.*

Auseinandersetzen und entzaubern: *Hier geht es um die inhaltliche und aufklärende Auseinandersetzung mit den Themen, Forderungen und der Sprache der AfD. Es geht um deren Dechiffrierung und das Aufzeigen der Logiken und Folgen ihrer politischen Vorstellungen, z. B. in der Bildungs-, Sozial-, Migrations-, Klima- und Wirtschaftspolitik. Dabei geht es zugleich um das Profil der demokratischen Parteien, mit ihrer Agenda und im Meinungsstreit die besten Lösungen für Probleme und die Zukunft zu finden und überzeugend in die Öffentlichkeit hineinzuwirken.*

Ignorieren: *Nicht immer wieder reaktiv auf die AfD eingehen, deren Themen aufnehmen und nicht „über jedes Stöckchen springen". Damit wird ihr die erwünschte Aufmerksamkeit verweigert. Die demokratischen Parteien bestimmen unbeeinflusst von der AfD offensiv die politische Agenda.*

Abgrenzen, distanzieren: *Hier geht es um „klare Kante", um Abgrenzung und Widerspruch bei demokratie- und menschenfeindlichen Äußerungen, Rassismus und Antisemitismus, Relativierung des NS-Systems.*

Ausschließen: *Bei Grenzüberschreitungen ist von den parlamentarischen Spielregeln und Sanktionsmöglichkeiten des Landtags Gebrauch zu machen.*

Die Kampagne #AfDnee

„Hauptleidtragende der AfD-Politik wäre die eigene Wählerschaft“

Ein Interview mit Philipp Jacks

Philipp Jacks ist Geschäftsführer der DGB Region Frankfurt-Rhein-Main. Das Interview führte Katja Pohl.

Katja Pohl: Du unterstützt mit dem DGB Frankfurt die Initiative #AfDnee. Was ist das Ziel der Kampagne?

Philipp Jacks: Die Kampagne richtet sich an die Anhängerschaft der AfD. Dazu gehen wir aus der eigenen Filterblase heraus und über bezahlte Werbung in den sozialen Medien in die Filterblase der potentiellen AfD-Wählerschaft hinein. Die Idee entstand, weil wir in Thüringen festgestellt haben, dass dort, wo die AfD stark ist, die Gewerkschaften schwach sind und es Gewerkschaftsmitgliedern schwerfiel, sie argumentativ zu stellen. Bei einer Kundgebung vor der Frankfurter Paulskirche nach dem Wahlsieg des AfD-Kandidaten bei der Landratswahl in Sonnenberg wurde die Idee für die Kampagne zum ersten Mal öffentlich gemacht. Eine Arbeitsgruppe entwickelte daraufhin die Inhalte der Kampagne und fand eine Werbeagentur, die aus politischer Überzeugung fast kostenlos die Umsetzung machte. Kurz danach erschien auch die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über das „AfD-Paradox“, die aufzeigt, dass die Hauptleidtragenden der AfD-Politik ihre eigenen Wählerinnen und Wähler wären. Das konnten wir in unserer Argumentation gut nutzen.

Die Kampagne wurde drei Wochen vor der hessischen Landtagswahl begonnen. Wir haben dazu das hessische Wahlprogramm der AfD ausgewertet. Alle Sharepics haben entsprechend Quellenangaben. Durch die Kombination von Texten und Bildern lassen sich Fakten ansprechend transportieren.

Dieses und weitere Sharepics wurden im Rahmen der Kampagne #AfDnee in den Wochen vor der Landtagswahl in Hessen verbreitet. Sie haben rund drei Millionen Einzelpersonen erreicht.

Philipp Jacks auf der Kundgebung „Demokratie verteidigen – Frankfurt gegen AfD und Rechtsruck!“ am 20. Januar 2024.

Die Zielgruppe wird emotional angesprochen und dazu angeregt, die Inhalte zu teilen. Zu jedem Bild gibt es einen Faktencheck auf der Webseite *https://afdnee.de*.

Katja Pohl: Gibt es Auswertungen zur Wirkung der Kampagne?

Philipp Jacks: Wir hatten zwei Wochen lang täglich sechshunderttausend Impressionen, das bedeutet, so oft wurden die Posts angeschaut, jedoch manchmal mehrmals von derselben Person. Insgesamt haben wir drei Millionen Einzelpersonen erreicht. Wir hatten fünfundvierzigtausend Follower in den sozialen Medien. Ursprünglich war es unsere Idee, bestimmte Interessengruppen gezielt anzusprechen. Dies war jedoch technisch nicht möglich. Deshalb haben wir ganz Hessen bespielt und in den Regionen, wo die AfD besonders stark ist, Schwerpunkte gesetzt und etwas mehr Werbung geschaltet. Zur Finanzierung konnten wir circa tausend Einzelspenden mit Beträgen zumeist zwischen 20 Euro und 200 Euro gewinnen. Während der ersten Woche unserer Kampagne ist das Ergebnis der AfD in der Sonntagsfrage um zwei Prozent zurückgegangen. Möglicherweise gibt es hier einen Zusammenhang. Außerdem haben wir die AfD-kritische Mitte der Gesellschaft erreicht. Die Kampagne liefert Argumente für Gespräche mit AfD-Anhängern. Viele haben sich gefreut über die Argumentationshilfe.

Katja Pohl: Die GEW Hessen hat die Kampagne mit unterstützt. Allerdings gibt es auch kritische Stimmen, die befürchten, dass diese Form der Antiwerbung der AfD zusätzliche Aufmerksamkeit verschafft. Wie schätzt du dieses Risiko ein?

Philipp Jacks: Die #AfDnee-Posts unterscheiden sich von anderen Kampagnen gegen Rechtsradikalismus. Wir argumentieren nicht mit den Menschenrechten, denn dies verfängt nicht bei AfD-Anhängern. Es bringt auch nichts, zu sagen: „Wählt eine demokratische Partei!“, denn AfD-Wählerinnen und Wähler meinen, diese Partei sei demokratisch, weil sie an einer demokratischen Wahl teilnimmt. Deshalb argumentieren wir nicht moralisch, sondern zeigen auf, dass die AfD-Wählerschaft sich selbst schadet. Ein Teil der AfD-Programmatik ist noch innerhalb des demokratischen Meinungsstreits angesiedelt. Langfristig arbeitet die AfD aber nachweislich auf die Schädigung der Demokratie hin.

Katja Pohl: Welche Pläne gibt es zur Fortsetzung der Kampagne?

Philipp Jacks: Die Inhalte aus der Kampagne zur Hessenwahl wurden so aufbereitet und aktualisiert, dass sie bundesweit nutzbar sind, mit Bezug auf das Grundsatzprogramm der Bundes-AfD. Wir haben auch einzelne Sharepics entwickelt zu den Bauernprotesten und den Vertreibungsplänen, die vor kurzem bekannt wurden. Zur Europawahl im Juni werden wir die Kampagne wieder starten und zu den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September fortsetzen. Neue Inhalte sind bald im Netz verfügbar. Es ist dann auch möglich, Plakate, Flyer und Postkarten zur Kampagne zu bestellen. Weitere Materialien wie T-Shirts und Aufkleber werden vorbereitet.

Katja Pohl: Wie wird die Kampagne finanziert?

Philipp Jacks: Wir werben weiter Spenden ein. Eine bundesweite, vierwöchige Werbung in den Sozialen Medien vor der Europawahl würde fünfhunderttausend Euro kosten. Leider können wir keine Spendenquittungen mehr ausstellen. Unsere Vereinszwecke sind gemeinnützig, aber das Finanzamt ist noch in der Klärung, ob die Kampagne gegen eine einzelne Partei gemeinnützig sein kann. Wir haben deshalb den neuen, nicht gemeinnützigen Verein zur Förderung demokratischer Politik und Kultur (Demopuk) zur Fortführung der Kampagne gegründet. Letzten Endes müsste die Frage der Gemeinnützigkeit gerichtlich geklärt werden. Wir möchten unsere Energie jetzt aber nicht für monatelange Gerichtsverfahren aufwenden.

Es gibt vier Möglichkeiten, die Kampagne zu unterstützen: Erstens: Selbst spenden. Zweitens, noch wichtiger: Im privaten und beruflichen Umfeld weitere Spenden anwerben – am besten finanzstarke Spenderinnen und Spender, auch Organisationen und Unternehmen, ansprechen. Drittens: Die Materialien teilen. Wir verbreiten Werbung auf Instagram, Facebook, X und LinkedIn, Tiktok ist in Vorbereitung. Viertens: Vor Ort selbst bei Veranstaltungen mit den Materialien aktiv werden.

Rechtsextremismus im Umfeld Schule

Bildungs- und Präventionsangebote des Beratungsnetzwerks Hessen

Rechtsextreme Stimmungen und kursierendes Propagandamaterial, menschenverachtende Chats in Klassen-WhatsApp-Gruppen, Online-Mobbing oder Diskriminierungs- und Rassismusvorfälle im und außerhalb des Klassenzimmers – wie soll man damit umgehen? Und wie kann man vorbeugen? Dazu bietet das „Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ professionelle Hilfe an. Es berät hessenweit kostenlos und vertraulich Schulen und andere Hilfesuchende in Fällen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und anderen menschenverachtenden Vorfällen. Dazu bietet es eine breite Palette präventiver Hilfen an. Das Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg ist dabei die zentrale Koordinierungsstelle und vermittelt Ansprechpartner vor Ort. Dem Beratungsnetzwerk gehören zahlreiche Mitglieder unterschiedlicher staatlicher, nichtstaatlicher und kirchlicher Institutionen, Organisationen, Träger und Vereine an. Die Angebote sind professionell und unbürokratisch, in der Regel kostenfrei und aufsuchend.

Das Beratungsfeld Schule ist komplex, denn hier sind verschiedene Personengruppen involviert: Lehrkräfte, Schulleitung, Schulsozialarbeit, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler. Entsprechend vielfältig sind die potenziellen Probleme und Interessen – und mögliche Lösungs- und Hilfsangebote. Die Beratung zielt darauf ab, den Verantwortlichen neue Handlungsmöglichkeiten zu eröffnen, um sie zu einem selbstbewussten Umgang mit dem Problem von Rechtsextremismus, Rassismus oder Diskriminierung zu ermutigen. Ziel der Beratung ist es, die Beteiligten zu befähigen, dem öffentlichen Auftrag gemäß handlungsfähig zu bleiben. Darüber hinaus sind Informationen zur Sensibilisierung wie auch die Unterstützung von Schülerinitiativen gegen Rechtsextremismus oft Teil der Beratung. Eine Auswahlliste an Anlaufstellen bei akutem Beratungsbedarf im Umfeld Schule findet man anbei und ausführlicher auf der Webseite des Beratungsnetzwerks.

Eine nützliche Übersicht bietet die Broschüre „Extrem gut! Bildungsangebote gegen Menschenfeindlichkeit“ des Demokratiezentrums Hessen. Die Publikation listet Angebote hessischer Träger zur Demokratiebildung und zur Prävention und Beratung in den Bereichen Rassismus, Rechtsextremismus und religiös begründeter Extremismus auf. „Was soll ich denn da sagen?! – Zum Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus im Schulalltag“ ist der Titel einer studienbasierten Publikation des Beratungsnetzwerks Hessen zum Umgang mit Rechtsextremismus im Schulalltag. Die 60-seitige Broschüre beschäftigt sich ausführlich damit, wie Rassismus im Schulalltag wahrgenommen wird, welche Umgangsformen und Handlungsmöglichkeiten es gibt und welche Unterstützung und Hilfen für in der Schule Tätige nötig sind. Beide Broschüren stehen als PDF-Datei auf der Homepage des Beratungsnetzwerks im Materialbereich zur Verfügung.

Das Demokratiezentrum Hessen hat die mobile Leih-Ausstellung „RECHTSaußen – MITTENdrin? Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Handlungsmöglichkeiten“ entwickelt, die fortlaufend aktualisiert und ergänzt wird. Sie zeigt auf insgesamt 26 Roll-Ups wissenschaftlich fundiert und anschaulich Organisations- und Erscheinungsformen der vornehmlich jugendlichen „Erlebniswelt Rechtsextremismus“. Auch rechtsextreme Einstellungen in Teilen der Bevölkerung werden thematisiert. Die Ausstellung kann kostenfrei ausgeliehen werden. Auf der begleitenden Webseite finden Lehrkräfte methodische und didaktische Anregungen, weitere Infos und Literaturtipps.

Ansprech- und Anlaufstellen in Hessen

Das Beratungsnetzwerk Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus mit dem Demokratiezentrum Hessen an der Philipps-Universität Marburg und Regionalstellen in Nord-, Ost- und Südhessen ist landesweit die erste Anlaufstelle in Sachen Beratung, Opferunterstützung und Bildungsangebote im Kontext Rechtsextremismus. Das Demokratiezentrum Hessen ist die zentrale Koordinierungs-, Fach- und Geschäftsstelle und vermittelt unmittelbare Hilfe und Beratung sowie Bildungs- und Präventionsangebote.
https://beratungsnetzwerk-hessen.de

Das Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen e. V. (MBT) mit seinen Regionalstellen in Kassel und Fulda bietet Unterstützung im Bereich regionaler Demokratisierungsprozesse und zivilgesellschaftlichen Engagements. Im Angebot, das auch auf Schulen zugeschnitten werden kann, sind Projekte gegen Rechtsextremismus, Fortbildungen, Informationsveranstaltungen, Trainings und Seminare zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus.
https://mbt-hessen.org

Die Regionalstelle Südhessen des Beratungsnetzwerks Hessen in Darmstadt bietet eine ähnliche Angebotspalette wie das MBT in Kassel und Fulda. *https://regionalstelle-sued.de*

Der Verein Jetzt! Verein für Beratung, Coaching und Bildung – aktiv für Demokratie e. V. bietet Beratung, Moderationen, Kooperationen, Vernetzung, Fortbildungen, Seminare, Prozessbegleitung und Coaching an. Als kompetente Ansprechpartner für alle Themen der Mobilen Beratung sind die erfahrenen Mitglieder des Vereins vor allem in Mittel- und Südhessen aktiv. *https://jetzt-ev.de*

Das Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC) unter der Trägerschaft des Hessischen Jugendrings bietet in Hessen verschiedene Projekttage, Fortbildungen und Workshops für Jugendliche ab der 8. Klasse und für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Bildungseinrichtungen an.
https://www.netzwerk-courage.de/hessen

Die Rote Linie – Pädagogische Fachstelle Rechtsextremismus entwickelt Programme zur primären und sekundären Prävention von Rechtsextremismus und veranstaltet Workshops für junge Menschen. Die Angebote umfassen Beratung, Begleitung, Coaching sowie Fort- und Weiterbildung für Angehörige, Lehrkräfte und Menschen in der sozialen Arbeit. Rechtsextrem gefährdeten jungen Menschen wird sozialpädagogische Unterstützung angeboten.
https://rote-linie.net

Die Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt bietet Workshops für Schulklassen und Jugendgruppen an zu Fragen wie: Was ist Rechtsextremismus? Welche Formen von Antisemitismus gibt es heute? Welche Rolle spielt Religion in der Gesellschaft? Wie kann man couragiert im Alltag handeln? Wie kann man sich gegen Diskriminierung schützen? Außerdem veranstaltet sie Fortbildungen zu den Themen Rassismus, Diskriminierung, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Menschenrechte. *https://www.bs-anne-frank.de*

Das seit August 2007 bestehende Projekt des Hessischen Kultusministeriums Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD) hat zum Ziel, Schulen bei der nachhaltigen Implementierung von gewaltpräventiven und demokratieförderlichen Programmen durch Fortbildung und Beratung zu unterstützen.
https://gud.bildung.hessen.de

Schule machen ohne Gewalt (SMOG) e. V. ist ein Netzwerk gegen Gewalt und Sucht. Ziel ist es, dem Gewaltpotenzial präventiv und intervenierend entgegenzutreten. Dazu werden verschiedene Seminare und Workshops für Kindergärten, Grundschulen und die Klassen 5 bis 10 angeboten.
https://smogline.de

Der Verein Creative Change e. V. aus Offenbach besteht aus einem internationalen Team aus jungen Theaterpädagogen, die sich auf kreative Weise für ein respektvolles Zusammenleben engagieren, indem das Team jeweils eine Woche lang in Schulklassen mit 8- bis 15-jährigen Kindern kleine Theaterstücke und Rollenspiele improvisiert. *https://cc-ev.de*

beratungsNetzwerk hessen
Gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus

Ziel des Gewaltpräventionsprogramms PiT (Prävention im Team) der Hessischen Landesregierung im „Netzwerk gegen Gewalt“ ist es, Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 6 bis 8 in die Lage zu versetzen, individuell und gewaltfrei auf gewaltbesetzte Situationen im öffentlichen Raum zu reagieren und angemessen zu handeln. Im Rahmen des PiT-Trainings erhalten sie auch die Möglichkeit, ihren Umgang mit dem öffentlichen Raum Internet zu reflektieren. *https://netzwerk-gegen-gewalt.hessen.de/programme/praevention-im-team-pit*

Mit passgenauen Bildungspaketen für verschiedene Zielgruppen treten die Arolsen Archives gegen Fake News, Ignoranz und gefühlte Wahrheiten an. Denn ein Großteil der deutschen Schülerinnen und Schüler weiß trotz Fachunterrichts kaum etwas über die NS-Verfolgung. Klischees und Vorurteile sind in der Gesellschaft weit verbreitet. Die Arolsen Archives entwickeln Bildungsangebote und unterstützen Lehrkräfte in ihrer Arbeit. *https://arolsen-archives.org*

Der Landesverband Hessen des Verbands deutscher Sinti und Roma bietet für Schulen eine mobile Ausstellung „Der Weg der Sinti und Roma“ an. Hinzu kommen Führungen, Projekttage, Workshops, mobile Medienstationen (mit Zeitzeugenberichten und Filmbeiträgen) und Vorträge. Ergänzend stellt er Handreichungen zum Thema Antiziganismus zur Verfügung. *https://sinti-roma-hessen.de*

Speziell zum Thema Hate Speech hat das Projekt #hatebreach – Hass im Netz begegnen der „Kopiloten e. V. – gemeinsam politisch bilden“ verschiedene Angebote für Jugendliche und Lehrkräfte entwickelt. Dazu gehören projektorientierte Lehr-Lern-Arrangements und Bildungsinterventionen für Schulen vor allem im Raum Nordhessen.
https://hatebreach.net/category/angebote/schule

Der Landesverband Hessen der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik e. V. (DeGeDe) engagiert sich für die Demokratiepädagogik im Bundesland Hessen und fordert und fördert die Entwicklung der demokratischen Kultur an Schulen sowie in Kinder- und Jugendeinrichtungen. Dazu veranstaltet er demokratiepädagogische Fortbildungs- und Forschungsprojekte und unterstützt die Kooperationen zwischen demokratischen Schulen. *https://degede.de/regionen/hessen*

Bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen (RIAS Hessen) in Trägerschaft des Demokratiezentrums Hessen können alle antisemitischen Vorfälle gemeldet werden. RIAS Hessen plant zudem Bildungsaktivitäten und Forschungen zu Antisemitismus. RIAS Hessen nimmt über ein Online-Meldeformular auf der Website hessenweit antisemitische Vorfälle auf und dokumentiert sie.
https://rias-hessen.de

Zum Inhaltsverzeichnis

Demokratische Schulentwicklung

Wie Schulen die Partizipation von jungen Menschen ermöglichen

Helmolt Rademacher *

Schulen stehen vor immer mehr Herausforderungen. Da sind nicht nur die Nachwirkungen von Covid-19, die chronische Überlastung der Kolleginnen und Kollegen sowie der Lehrkräftemangel zu nennen, sondern auch die (welt-) politischen Ereignisse, die auf die Schulen einwirken. Hierzu zählt der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ebenso wie Rassismus und Antisemitismus. Zuletzt haben der Terroranschlag der Hamas in Israel und die Folgen des Krieges im Gaza-Streifen zu teilweise heftigen Debatten in den Schulen geführt. Die aktuellen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und die „Remigrationspläne" der AfD wirken ebenso in die Schule hinein. Wie können sich Schulen auf solche teils unvorhergesehenen Ereignisse vorbereiten? Wie können sie ein Klima möglichst ohne Gewalt und Diskriminierung schaffen? Und wie können sie einen Beitrag gegen Rechtsextremismus leisten?

Schulen sollten nicht nur Orte des Fachlernens sein, sondern immer stärker auch solche, die sich neuen Herausforderungen stellen. Der Risikoforscher Gerd Gigerenzer fordert daher von der Schule Folgendes: „Statt Schülern jeweils die ‚richtige' Antwort auf bekannte Probleme vorzugeben, muss man ihnen stärker beibringen, mit unsicheren Situationen umzugehen und kreative Lösungen für offene Zukunftsfragen zu finden" (nach Rademacher 2021, S. 16). Um dies zu ermöglichen, ist es wichtig, eine Schulkultur zu entwickeln, die Raum für die Behandlung von aktuellen Themen zulässt und sozialen Prozessen eine entsprechend große Bedeutung beimisst.

Eine gute Schulkultur ist eine demokratische. Das heißt, alle Beteiligten (Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte, Schulleitung, Eltern, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie das weitere Personal) sind in einen stetig voranschreitenden Schulentwicklungsprozess einzubinden. Schulentwicklung „lässt sich definieren als systematischer, zielgerichteter, reflexiver und für die Bildungsprozesse der Schüler funktionaler Entwicklungsprozess der Schule, der von der Einzelschule als pädagogische Handlungseinheit (...) ausgeht und das Ziel der Professionalisierung schulischer Prozesse und die Verbesserung der Schul- und Unterrichtsqualität verfolgt" (Wawretschek-Wedemann 2013, nach Rademacher 2021, S. 83).

Als Grundlage dieses Prozesses dienen dabei die Kinderrechte, die seit 2010 in Deutschland für alle Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren gelten. Im Kern geht es bei den Kinderrechten um das Recht auf Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, um das Recht auf Bildung und um das Recht auf Beteiligung. Letzteres wird meist nicht in seinem Kerngehalt umgesetzt, denn es bedeutet, Kinder und Jugendliche in alle sie betreffenden Maßnahmen einzubinden. Im Alltag wird das oft nicht so gelebt, wie es der Rechtsanspruch vorgibt. Das hat sich insbesondere in der Pandemiezeit gezeigt, als Kinder und Jugendliche nicht gehört und eingebunden wurden.

Beteiligungsinstrumente

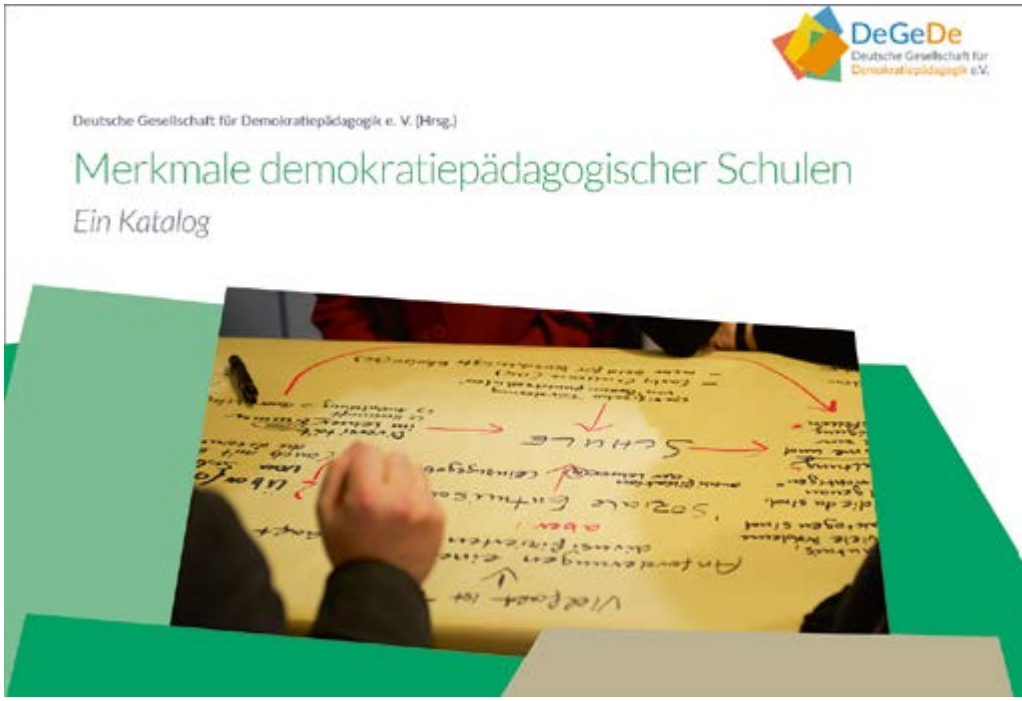
Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, um Schülerinnen und Schüler regelmäßig einzubinden und zu beteiligen. Zum einen ist das der Klassenrat, eine regelmäßige wöchentliche Stunde, die unter der Regie der Schülerinnen und Schüler steht und in der alle wesentlichen und insofern auch aktuellen Themen behandelt werden können. Dabei geht es nicht nur um die Organisation von Ausflügen oder die Lösung von Gruppenkonflikten, sondern auch um aktuelle politische Fragen oder die Planung und Vorbereitung von Unterrichtseinheiten. Der Klassenrat ist an vielen Schulen, insbesondere an Grundschulen, etabliert. Leider ist in der Praxis der Sekundarstufe die Regelmäßigkeit durch eine fest eingeplante wöchentliche Stunde häufig nicht gegeben, und damit hat Partizipation keinen festen Platz und keine entsprechende Wertschätzung. Aufgabe ist es insofern, in jeder Schule den Klassenrat einzuführen, die Lehrkräfte entsprechend durch Fortbildungen darauf vorzubereiten und dafür zu sorgen, dass er mit der entsprechenden Qualität in jeder Klasse der Stufen 1 bis 10 und gegebenenfalls darüber hinaus in der gymnasialen Oberstufe (in Tutorien) und in beruflichen Schulen stattfindet.

Zum anderen gibt es die Schülervertretung, die in Schulen sehr unterschiedlich ausgeprägt ist, aber grundsätzlich Beteiligungsmöglichkeiten bietet, beispielsweise durch die Mitwirkung in Gesamt- und Schulkonferenzen. Dabei ist darauf zu achten, dass Themen, die Schülerinnen und Schüler betreffen, am Anfang der Sitzungen thematisiert werden. In einzelnen Schulen gibt es auch ein Schulparlament, das weiterreichende Kompetenzen als die Schülervertretung hat.

Gewährleistung von Kontinuität

Demokratische Schulentwicklungsprozesse benötigen einen langen Atem und ein hohes Maß an Kontinuität. Wo stehen wir? Was sind die aktuellen Herausforderungen an unserer Schule? Was konnten wir bisher gut umsetzen? Wo gibt es Entwicklungsbedarf? Das sind Fragen, die sich eine Schule regelmäßig stellen muss. Es geht darum, verlässliche Struk-

turen zu schaffen, die immer wieder in dem Sinne überprüft werden, ob sie den eigenen Zielen noch genügen. Eventuell müssen Strukturen revidiert werden und man muss Ballast loswerden, zum Beispiel nicht mehr funktionierende Gruppen beenden. All dies bedarf einer ständigen Überprüfung. Hierzu ist es gut, eine schulische Steuergruppe mit maximal zwölf Teilnehmenden, an der alle relevanten Akteure einer Schule beteiligt sind, einzurichten. In dieser sollten neben der Schulleitung auch Schülerinnen und Schüler und gegebenenfalls Eltern vertreten sein. Sinnvoll ist es, dass an dieser Gruppe Vertreterinnen oder Vertreter verschiedener Projektgruppen (beispielsweise soziales Lernen, Demokratielernen, Inklusion) beteiligt sind. So hat die Steuergruppe immer einen Überblick über alle Aktivitäten an der Schule und kann entsprechend, je nach Bedarf, einzelne Gruppen einmal mehr oder einmal weniger unterstützen.



Der Merkmalskatalog demokratiepädagogischer Schulentwicklung kann gegen einen geringen Betrag über die Geschäftsstelle der DeGeDe bezogen bzw. im Internet kostenlos heruntergeladen werden: www.degede.de

Ideal ist es, wenn eine Schule – zumindest in der Startphase – von externen Schulentwicklungsberaterinnen oder -beratern unterstützt wird. Die Staatlichen Schulämter haben in der Regel Teams, die diese Aufgabe übernehmen. In der Regel werden diese eine Schule aus Kapazitätsgründen nicht über viele Jahre begleiten können. Solche besonderen Bedingungen gab es bislang nur in Modellprojekten wie „Demokratie lernen und leben“ (2002 – 2007), in welchem ausgewählte Schulen dreieinhalb Jahre lang intensiv begleitet wurden.

Instrumente demokratischer Schulentwicklung

Einen niedrigschwelligen Ansatz verfolgt das Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen“ mit den Prozessentwicklungsgruppen. Diese Gruppen bieten fünf bis zehn Schulen die Möglichkeit, sich im halbjährigen Rhythmus auszutauschen und den Stand der eigenen Arbeit zu reflektieren. Jeweils zwei Personen aus einer Schule – häufig eine Lehrkraft und eine Schulsozialarbeiterin – treffen sich einen ganzen Tag mit Tandems anderer Schulen, um neue Impulse zu erhalten, sich kollegial zu beraten, den Stand der eigenen Arbeit zu reflektieren und neue Schritte zu planen.

In Hessen gibt es 19 regionale Gruppen. Sie arbeiten in der Regel schulformübergreifend. Sie werden jeweils von einem Team für Schulentwicklungsberatung angeleitet. Zusätzlich werden für die Schulleitungen dieser Schulen spezielle Seminare angeboten. Neue Schulen können jederzeit aufgenommen werden. Entweder werden regionale Gruppen durch eine neue Schule aufgefüllt oder es wird eine neue Gruppe gegründet.

Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik hat einen Merkmalskatalog demokratiepädagogischer Schulentwicklung erstellt. Dieser umfasst sechs Qualitätsbereiche:

1. Umgang mit Rahmenbedingungen
2. Schulkultur
3. Führung und Management
4. Professionalität der Pädagoginnen und Pädagogen sowie Kooperationspartner*innen
5. Lernkultur
6. Ergebnisse

Dieser Merkmalskatalog bietet eine gute Richtschnur, an der sich demokratische Schulentwicklungsprozesse orientieren können. Demokratische Schulentwicklung kann nicht alle Herausforderungen bewältigen, aber sie bietet einen guten Rahmen, um schnell auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Eine solche Struktur bietet Entlastung und hat eine präventive Funktion.

Literatur und Hinweise

Rademacher, Helmolt (2021), Konfliktkultur in der Schule entwickeln. Wie Demokratiebildung gelingt, Stuttgart.

Schulinterne Fortbildungen zum Klassenrat werden regelmäßig vom Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen im Rahmen des Projekts *„Gewaltprävention und Demokratielernen – GuD“* angeboten.
Weitere Informationen: *www.gud.bildung.hessen.de*
Kontakt: *Andrea.Schmidt@kultus.hessen.de*

* Der Autor ist Co-Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe, Landesverband Hessen.

„Selbstwirksamkeit erfahren“

Kinder und Jugendliche benötigen Raum zur Partizipation

Ein Interview mit Christa Kaletsch zum Projekt „Zusammenleben neu gestalten“

Das Projekt „Zusammenleben neu gestalten“ ist Teil des *Beratungsnetzwerks Hessen – gemeinsam für Demokratie und gegen Rechtsextremismus*. Es bietet Schulen und anderen Institutionen Beratung und Fortbildungen bis hin zu längerfristigen Prozessbegleitungen für die (Weiter-) Entwicklung einer menschenrechtsorientierten, demokratischen und diskriminierungskritischen Institutionenkultur an. Das Projekt ist angesiedelt bei der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik – DeGeDe. Christa Kaletsch ist Co-Vorsitzende der DeGeDe Hessen und Vorsitzende des Vereins Makista, der sich für die Verwirklichung der Kinderrechte in Bildungseinrichtungen engagiert. Das Interview führte Helmolt Rademacher.
Kontakt: *zusammenleben-neugestalten@degede.de*

Helmolt Rademacher: Beschreibe bitte kurz, wie euer Projekt entstanden ist und welche Ziele ihr damit verfolgt.

Christa Kaletsch: Das Projekt ist im Jahr 2016 entstanden. Das Demokratiezentrum fragte unter dem Eindruck des Sommers der Migration an, ob wir ein Projekt entwickeln könnten, das Kommunen und Institutionen dabei unterstützt, ihre Teilhabekultur zu fördern und sich im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung Strategien zu überlegen. Durch die erhöhte Aufnahme von Geflüchteten im Sommer 2015 standen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und andere Vertreter von Institutionen vor großen Herausforderungen.

Helmolt Rademacher: Wie hat sich euer Projekt seit 2016 entwickelt? Welche Themenfelder und Zielgruppen habt ihr erreicht?

Christa Kaletsch: Wir adressieren immer Schlüsselakteure in Institutionen, sowohl in schulischen als auch in außerschulischen Kontexten. Die Spannbreite unserer Zielgruppen reicht von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern bis zu Bauhofmitarbeitenden. In der Anfangszeit haben wir vor allen Dingen haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe tätige Menschen unterstützt, aber auch Schulen, Kitas, Vereine und Verbände.

Helmolt Rademacher: Vor welchen Herausforderungen steht ihr oder habt ihr besonders in Schulen und außerschulischen pädagogischen Projekten gestanden? Was konntet ihr bisher in diesen Projekten erreichen?

Christa Kaletsch: Die Zeit von 2016 bis jetzt im Januar 2024 würde ich in zwei Etappen unterteilen: Zu Beginn gab es vielerorts ein großes Interesse, sich mit der Förderung einer Teilhabekultur auseinanderzusetzen. Wir trafen auf Teilnehmende, die Lust hatten, über bereits gut entwickelte Konzepte nachzudenken und den Blick für rassismuskritische Auseinandersetzungen zu schärfen. In 2020 gab es dann zwei wichtige Einschnitte: die durch die Corona-Pandemie ausgelösten Herausforderungen sowie die Erschütterungen durch die rassistischen Morde in Hanau. Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 entstanden weitere Herausforderungen, die sich insbesondere auch in Schulen bemerkbar machten.

Gesellschaftspolitische Probleme kommen erstens in Schule an und zweitens wird Schule gern von der Politik als der Ort adressiert, wo das alles geregelt und bearbeitet werden soll. Gleichzeitig werden Schulen aber mit viel zu wenig Ressourcen ausgestattet. In der Corona-Pandemie konnten Externe, die das Demokratielernen gefördert haben, nicht in die Schulen hinein und seitens des Kultusministeriums gab es hierzu keine Unterstützung, im Gegenteil hat es nur auf Stoffvermittlung fokussiert. In diese Melange kommt dann eine Krise nach der anderen. Das hat unsere Arbeit doch sehr stark verändert.

Helmolt Rademacher: Konntet ihr durch eure Arbeit feststellen, dass sich da etwas im Bewusstsein der Schlüsselakteure verändert hat? Wie habt ihr mit den Schlüsselakteuren gearbeitet?

Christa Kaletsch: Wenn die Arbeit in Institutionen erfolgreich sein soll, dann braucht es eine stabile Gruppe, die über einen kontinuierlichen Zeitraum zu solchen Themen arbeitet, und eine Schulleitung, die das mitträgt. Dann können diese Themen in der Schulkonferenz und in der Gesamtkonferenz regelmäßig behandelt werden. Außerdem sollten der Schulelternbeirat und die Schülervertretung gut eingebunden sein. Dies wäre eine idealtypische Form, die es nur an ganz, ganz wenigen Schulen gibt. Wenn eine Schule entsprechend aufgestellt ist und kontinuierlich arbeitet, dann kann sie bei neuen Herausforderungen sofort entsprechende Strategien

entwickeln. Die Akteure in Schule nehmen dann selbstverständlich Kinder und Jugendliche mit und fragen sie nach ihren Vorschlägen und Expertisen. So lassen sich Wir-Lösungen für Wir-Probleme finden.

Es ist sehr gut, wenn Kindern und Jugendlichen Verantwortungsübernahme zugetraut wird und sie sich in ihrer Handlungsfähigkeit erleben können. Eine solche Herangehensweise macht alle Beteiligten krisenfester. Es gibt einige wenige Schulen, die es trotz der fehlenden Unterstützung durch das Kultusministerium geschafft haben, in der Häufung der Krisen einen konstruktiven Umgang damit zu entwickeln. Diejenigen, die nicht dieser einseitigen Fokussierung auf Stoffvermittlung gefolgt sind und weiter das soziale Lernen gefördert haben, die kommen – nach meiner Wahrnehmung – mit den wiederkehrenden Problemen und Herausforderungen besser klar.

Aber wir haben im Verlauf dieser Krisen auch Partner verloren, und zwar dann, wenn Schlüsselakteure des Kollegiums weggefallen sind und es einen Schulleitungswechsel gab, und in Folge Fortbildung und außerschulische Kooperation nicht mehr zugelassen wurde. Wir haben dann auch gesehen, was passiert, wenn sie sich nach zwei Jahren melden und sagen, dass sie ein großes Problem mit Antisemitismus oder Rassismus haben. Eine demokratische Kultur muss man pflegen. Es braucht lange Zeit, eine gute Kultur aufzubauen, und sie kann in relativ kurzer Zeit zerstört werden. Man merkt dann nach einer Weile, was das atmosphärisch bedeutet.

Helmolt Rademacher: Wie hat sich der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 auf eure Arbeit in den Schulen ausgewirkt?

Christa Kaletsch: Wir versuchen, Schulen und anderen pädagogischen Institutionen Mut zu machen, dass sie sich des Themas annehmen. Es ist allerdings eher selten, dass eine gesamte Schule sagt, wir brauchen jetzt Unterstützung, wir wollen eine antisemitismuskritische Schulkultur entwickeln. Nach meinem Eindruck fehlt vielen nichtjüdischen Lehrkräften ein grundlegendes Verständnis dafür, welche Zäsur der 7. Oktober und die anschließenden antisemitischen Wellen für Jüdinnen und Juden und ihr Gefühl selbstverständlicher Zugehörigkeit und Sicherheit bedeuten. Lehrkräfte, die das Thema einbringen, befinden sich eher in einer Minderheitsposition.

Helmolt Rademacher: Was sollten Schulen tun, um präventiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus vorzugehen?

Christa Kaletsch: Im Kontext der jüngsten Mitte-Studien hat die Politikdidaktikerin Sabine Achour deutlich auf die Folgewirkungen der Pandemie und der einseitigen Fokussierung auf Stoffvermittlung hingewiesen: Viele Jugendliche fühlen sich in der Schule oder auch in der Ausbildung nicht wahrgenommen. Sie leiden unter Einsamkeit, sie leiden unter dem Gefühl, dass sie nicht mitbestimmen können. Im Zuge der Landtagswahlen in Hessen und Bayern zeigte sich, dass viele junge Menschen das Vertrauen in demokratische Verhältnisse zu verlieren drohen.

Wir würden Schulen – und damit auch der Politik – sehr empfehlen, dass sie Partizipationsräume für Kinder und Jugendliche schaffen, damit diese sich als selbstwirksam erleben können. Für junge Menschen ist der Klimawandel eine ernsthafte Gefahr, eine Bedrohung. Junge Menschen erleben im Moment sehr, sehr viele Erschütterungen und haben teilweise wenig Vertrauen in die Zukunft. Deswegen glaube ich, dass es sehr, sehr wichtig ist, dass wir sie in ihren Bedenken und Sorgen ernst nehmen und ihnen Gelegenheitsräume eröffnen, wo sie sich mit ihrer Expertise, ihrer Kreativität und ihren Ideen einbringen können und darin unterstützt werden.

Das Interesse, sich mit Themen wie Rassismus, Antisemitismus und der Komplexität der Welt auseinanderzusetzen, ist bei jungen Menschen da. Ich glaube, dass es Räume braucht, um diese Themen besprechbar zu machen. Hilfreich ist es dabei, von Menschen begleitet zu werden, die entsprechend qualifiziert sind. Es ist katastrophal, dass momentan solche wichtigen Kompetenzen wie Politikverständnis, die Entwicklung einer demokratischen Haltung und ein Geschichtsverständnis oft durch fachfremde Lehrkräfte vermittelt werden. Damit wird diesem Schlüsselfachwissen wenig Wertschätzung entgegengebracht. Mathematikunterricht überträgt man auch keiner Kunstlehrkraft.

Helmolt Rademacher: Gibt es noch einen wichtigen Punkt, den du den Leserinnen und Lesern mitteilen möchtest?

Christa Kaletsch: Es wäre als Lehrkraft gut anzuerkennen, dass es Themen gibt, bei denen man sich nicht so gut auskennt. Man muss nicht alles wissen. Es wäre gut, sich dann an Expertinnen und Experten zu wenden, die sich mit dem Thema auskennen. Sie kennen Methoden, wie man die Expertise junger Menschen nutzen kann. Sehr zentral ist für mich auch die Entwicklung von Medienkompetenz, um jungen Menschen zu helfen, wie man feststellen kann, ob eine Quelle sicher ist und wie man mit überwältigenden Nachrichten umgehen kann. Dies wurde Lehrkräften im Studium nicht vermittelt. Und deswegen müssen sie sich auf keinen Fall schlecht fühlen, wenn sie dies nicht vermitteln können. Es bedarf einfach des Mutes, das anzuerkennen und sich bei Bedarf Hilfe zu holen. Das würde ich mir wünschen.

Helmolt Rademacher: Herzlichen Dank für dieses Interview.

Am 20. November 2019 hat sich das Bündnis „Nachhaltige Bildung für eine demokratische Gesellschaft" gegründet. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Makista e.V., der Landesverband Hessen der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) sowie die GEW Hessen. Inzwischen besteht das Bündnis aus 40 Organisationen. Zu den Aktivitäten gehören eine jährliche Bündnistagung sowie mehrere thematische Arbeitsgruppen. Vor den Landtagswahlen hat sich das Bündnis in Gesprächen mit den Parteien für eine Stärkung der politischen Bildung eingesetzt.

Zum Inhaltsverzeichnis

Beharren statt nachgeben

Strategien gegen Rechts

Dorothée de Nève *

Zwei zentrale Ereignisse haben in den vergangenen Wochen den Kampf gegen Rechts entscheidend verändert: Im Dezember 2023 rief ein breites Bündnis zu einer Solidaritätsveranstaltung gegen Antisemitismus, Hass und Fremdenfeindlichkeit auf („Nie wieder ist jetzt“). Die Schirmherrschaft hatte die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) übernommen. Zu dem Bündnis gehörten sehr unterschiedliche Akteure wie Unternehmen, Verbände, Stiftungen und Gedenkstätten, Clubs und Vereine, öffentliche und religiöse Institutionen sowie prominente Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Medien. Wenige Woche später veröffentlichten investigative Journalist:innen von Correctiv die Recherchen zu einem geheimen Treffen von Rechtsextremist:innen, das am 25. November 2023 in Potsdam in der Villa Adlon stattfand und an dem unter anderem Vertreter:innen der Identitären Bewegung, der AfD, der CDU und der Werteunion über einen so genannten „Masterplan zur Remigration“ diskutierten.

Seither gibt es in ganz Deutschland zahlreiche Demonstrationen. Auch in Hessen waren in Frankfurt, Gießen, Kassel, Limburg, Offenbach, Darmstadt, Wiesbaden, Geisenheim, Marburg, Oberursel, Rodgau, Rüsselsheim, Butzbach, Eschwege, Frankenberg, Gelnhausen, Großgerau, Hochheim, Hofheim, Korbach, Michelstadt, Wehrheim, Heppenheim, Fulda, Hanau, Kelkheim, Bickenbach, Seeheim, Bebra, Groß-Umstadt, Friedewald, Bad Hersfeld, Bad Nauheim, Nidderau und Wächtersbach Tausende, zuweilen sogar wiederholt auf den Straßen. Eine vergleichbare Mobilisierung haben die Rechtspopulistischen in Deutschland nie zustande gebracht. Damit wächst nicht nur der Druck auf die AfD und andere Player am rechten Rand, sondern auch auf die bürgerlichen Parteien in Regierungsverantwortung. In den vergangenen Monaten haben sich die Parteien der Regierung und Opposition allzu oft von der AfD treiben lassen. Die Großdemonstrationen werden nun jenen demokratischen Kräften den Rücken stärken, die im Umgang mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus eine progressive Strategie verfolgen.

Eine neue soziale Bewegung?

Diese „Demos gegen Rechts“ sind nicht einfach nur ein „Zeichen“ gegen rechten Hass und Rassismus, sondern ein partizipativer Akt der bürgerlichen Mehrheit gegen jene antipluralistischen Tendenzen, die das demokratische Fundament auszuhöhlen drohen. Angesichts rechter Provokationen, wachsender Zustimmung für die AfD und wachsender Gewalt am rechten Rand ist es erstaunlich, dass es so lange gedauert hat, bis es zu dieser Massenmobilisierung kam. Auch wenn derzeit noch unklar ist, ob aus diesen lose organisierten Protesten in Groß- und Kleinstädten eine neue soziale Bewegung hervorgehen wird, so verleihen die demonstrierenden Bürger:innen dennoch jenen zwei Drittel der deutschen Gesellschaft, die sich ein stärkeres Engagement für eine offene und vielfältige Gesellschaft wünschen, eine kraftvolle Stimme (1). In den vergangenen Monaten ist es den Rechtspopulist:innen auch in Deutschland gelungen, sich in den Mittelpunkt politischer Debatten zu stellen. Durch die Bilder und Stimmen der Proteste gegen Rechts ist es gelungen, diese rechtspopulistische Diskurshoheit zu durchbrechen.

Die Demonstrationen verweisen zunächst auf die vermutlich wesentlichste Strategie gegen Rechtspopulismus: Der Kampf gegen Rechts ist nichts, was die Bürger:innen bequem an Regierungsverantwortliche und staatliche Institutionen delegieren dürfen. Vielmehr ist es die Verantwortung und Aufgabe aller, überall und jederzeit, Antidemokrat:innen entschieden entgegenzutreten. Dieses Engagement bedarf eines demokratischen Miteinanders und Schulterschlusses der Bürger:innen mit den Verfassungsorganen, den Amts- und Funktionsträger:innen, der Zivilgesellschaft, den bürgerlichen und progressiven Parteien, der Verwaltung, den Bildungseinrichtungen, den Medien und den Unternehmen.

Hessen nach der Wahl

Ein Charakteristikum des Rechtspopulismus ist es, eine diskriminierende Unterscheidung zwischen Teilen der Gesellschaft zu etablieren beziehungsweise zu verstärken (2). Es geht um einen vermeintlichen Antagonismus zwischen „uns“ und „denen“, dem „wir“ und den „anderen“, dem „Volk“ und „denen da oben“ beziehungsweise „denen in Wiesbaden, Berlin oder Brüssel“, den „Fleißigen“ und den „Faulen“, dem „Christentum“ und dem „Islam“, den „Normalen“ und den „Homo- oder Transsexuellen“ etc. Diese Weltsicht bemühen Rechtspopulisten, um demokratische Grundprinzipien auszuhebeln. Dies betrifft insbesondere den Gleichheitsgrundsatz sowie Teilhabe- und Partizipationsrechte. Derlei Anwandlungen gilt es strategisch mit dem Verweis auf die verfassten Normen des Grundgesetzes (Gleichheitsgrundsatz, bürgerliche und politische Grundrechte) zu kontern, die keine Relativierung zulassen. Dies gilt übrigens auch für das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte (Art. 16a GG). Zugleich bedarf es im politischen Wettstreit eines Bewusstseins dafür, dass rechtspopulistische diskriminierende Stigmatisierungen von

Rund 13.000 Menschen demonstrierten am 20. Januar 2024 unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt!“ in Gießen gegen Rechtsextremismus und die AfD.

Schutzsuchenden als „Illegale“ und die Rede von „Migrationswellen“ nicht reproduziert und verstärkt werden. Diese Antagonismen und konstruierten Feindbilder sind zugleich die Basis des rechtspopulistischen Kulturkampfes gegen die pluralistische Gesellschaft. In der hessischen Landespolitik manifestiert sich dies etwa in der Forderung der Rechten, das Gendern zu verbieten. Dabei ist allzu offensichtlich, dass es nicht um eine sprachpolitische Auseinandersetzung im engeren Sinne, als vielmehr um einen Kulturkampf gegen eine inklusive und diverse Gesellschaft geht. Das Ergebnis der Landtagswahl hat die Notwendigkeit für einen grundlegenden Strategiewechsel im Umgang mit radikal konservativen, rechtspopulistischen und rechtsextremen Tendenzen mit aller Deutlichkeit ins Bewusstsein gerückt. Die Entwicklungen nach der Wahl lassen erwarten, dass die AfD ihren politischen Herrschaftsanspruch reklamieren und ihre politischen Spielräume im Parlament ausreizen wird. Dies gilt ebenso für die außerparlamentarische Opposition, die etwa das Instrument der Volksbegehren nutzt, um den Kulturkampf gegen eine inklusive und diverse Gesellschaft weiter zu forcieren (3).

Strategien gegen Rechtspopulismus

Mit Blick auf die Ergebnisse politikwissenschaftlicher Forschung einerseits, und die praktischen Erfahrungen im Umgang mit Rechtspopulisten in anderen europäischen Ländern andererseits, lässt sich Folgendes festhalten: Erstens scheitern sämtliche Versuche, die Erfolge der Rechtspopulisten zu schmälern, indem deren Themensetzungen übernommen oder in die eigene Programmatik und Strategie integriert werden. Zweitens sind auch Umarmungsstrategien, die Rechtspopulisten in einer Zusammenarbeit zu entzaubern oder zu domestizieren suchen, nicht von Erfolg gekrönt. Drittens besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen Demokratien und autoritären Regimen mitunter darin, wie das politische System mit seinen politischen Gegnern umgeht. Auch wenn Versuche, rechtsextreme Konkurrenten etwa durch Veränderungen von Verfahren oder Parteiverbote in die Enge zu treiben, auch in Demokratien formal legal sind, sind sie letztlich risikobehaftet und im Kampf gegen Rechts nicht nachhaltig. Die erwiesenermaßen einzige erfolgversprechende Strategie im Kampf gegen Rechtspopulismus ist die *hold*-Strategie, wie etwa jüngst die Wahlen in Polen gezeigt haben. Kern dieser Strategie ist es, dass progressive politische Akteure der Zivilgesellschaft und Parteien auf ihren historischen und ideologischen Werten beharren. Den Wettstreit mit der rechten Konkurrenz versuchen sie mit politischen Argumenten zu gewinnen, die sie ungeachtet der Anfeindungen von rechts beharrlich vermitteln und wiederholen. Dabei geht es im Prozess der Besinnung auf die eigenen Werte erstens darum, auf deren Überzeugungskraft (selbst) zu vertrauen, und zweitens darauf zu bauen, Einfluss auf die Präferenzen der Bürger:innen haben zu wollen und zu können (ebd.). Die *hold*-Strategie manifestiert sich erstens inhaltlich im Beharren auf eigene Werte, Normen und Positionen, zweitens strategisch am Festhalten an den eigenen Themensetzungen, Präferenzen und demokratischen Verfahren sowie drittens symbolisch in der Repräsentation und Sichtbarmachung eigener Prinzipien der sozialen, bildlichen und sprachlichen Vielfalt.

Das hier genannte strategische Handlungsrepertoire erfordert einen dreifachen Kompass: tief verinnerlichte demokratische Haltungen, rhetorisches und taktisches Kalkül sowie Zivilcourage. Nur so gelingt es, das Bröckeln der Brandmauer durch eine falsch verstandene Offenheit aufzuhalten und die demokratischen Grenzen unmissverständlich zu markieren.

Literatur:

(1) Küpper, Beate/Hellmann, Jens 2023: Willkommen in Deutschland? Einstellungen zur Nachrangigkeit Neuhinzukommender, in: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

(2) Krell, Christian/Möllers, Henri 2019: Fazit – Was macht eine erfolgreiche Strategie aus? Und was ist eigentlich Erfolg?, in: Krell, Christian/Möllers, Henri/Ferch, Niklas (Hg.): Reclaiming action – Strategien progressiver Parteien in Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus in Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

(3) de Nève, Dorothée 2023: Hessen hat gewählt. Kurzanalyse zur hessischen Landtagswahl 2023.

* Prof. Dr. Dorothée de Nève ist Politikwissenschaftlerin an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Zum Inhaltsverzeichnis

Faschismus stoppen

Paul Masons Buch „Faschismus. Und wie man ihn stoppt“

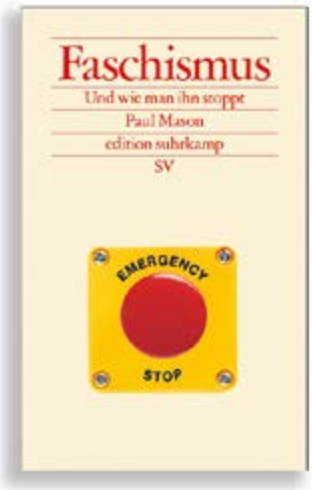
Katja Pohl

In dem 2021 zuerst in Großbritannien veröffentlichten Buch stellt Paul Mason die Frage, die Hunderttausende Menschen jetzt umtreibt, wenn sie an Kundgebungen für die Demokratie teilnehmen: Wie können wir den Faschismus stoppen? Der 1960 in England geborene Journalist beschreibt die Erfahrung seiner Generation, die bis in die 1980er Jahre dachte, Faschismus sei Geschichte und in den 1990er Jahren glaubte, rechtspopulistische Parteien in Europa dämmten gefährlichere Strömungen ein.

Seit der Finanzkrise 2008 wurde dies widerlegt, als die Krise der Globalisierung und des Liberalismus das Erstarken rechtsextremer Kräfte begünstigte. Für gravierender als die wirtschaftspolitische Krise selbst hält Mason den Zusammenbruch bis dahin dominierender Alltagsideologien: Der Glaube an den Markt und an Erfolg durch Leistung sowie das Vertrauen in den Staat seien erodiert. Die Verunsicherung durch multiple Krisen gebe rechtsextremen Mythen und Feindbildern Raum. Rassistische und frauenfeindliche Ideologien, die Leugnung des Klimawandels und absurde Verschwörungstheorien werden vor allem im Internet verbreitet.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil beschreibt Mason Aktivitäten und Ideologien gegenwärtiger Rechtsextremisten weltweit, im zweiten Teil die Entstehungsgeschichte des Faschismus zu Anfang des 20. Jahrhunderts, vor allem in Italien und Deutschland, und analysiert Fehleinschätzungen der Gegner des Faschismus. Im dritten Teil erörtert er unterschiedliche Faschismustheorien und beschreibt Methoden des Widerstands.

Gefährlich sei das Ineinandergreifen politischer Bewegungen rechts vom *„Main-Stream-Konservatismus“*: Rechtsextremisten, die offen gewalttätig die Demokratie bekämpfen und von einem *„Rassenkrieg“* träumen, Rechtspopulisten, die Menschrechte anzweifeln, Minderheiten stigmatisieren und durch Mobilisierung von Massen mit neugegründeten Parteien Wahlen gewinnen wollen, sowie autoritäre Konservative, die innerhalb von *„Mainstream-Parteien, Netzwerken der Elite und traditionellen Institutionen tätig“* sind und Argumentationen von Rechtspopulisten übernehmen. (S. 12)



Paul Mason: Faschismus. Und wie man ihn stoppt, edition suhrkamp, Berlin 2022, aus dem Englischen von Stephan Gebauer, 443 S.

Den Fortbestand der drei weltgrößten Demokratien sieht Mason als gefährdet: Indien, wo die Regierung Modi ein hindunationalistisches Regime zu etablieren versucht, Brasilien während der Regierung Bolsonaros und die USA. Die von Trump initiierte Stürmung des Kapitols in Washington werde in Zukunft als weltweiter Kipppunkt der Geschichte gelten, falls der wachsende Rechtsextremismus nicht ernstgenommen werde. Mason analysiert zahlreiche Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und deren Verflechtungen, etwa Bürgerwehren gegen Flüchtlinge an der griechisch-türkischen Grenze, britische Rechtsextremisten, die gegen die Black-Lives-Matter-Bewegung gewaltsam vorgehen, rechtsextreme Netzwerke in der deutschen Bundeswehr und Polizei, politische Morde, die Regierung rechtspopulistischer Parteien in Ungarn und in Polen (bis 2023, K.P.), das Erstarken unter anderem von Le Pens Rassemblement National in Frankreich, der Fratelli d‘Italia und der AfD.

Linke oder progressive Parteien sollten – so Mason – zunächst klare politische Alternativen anbieten, den von Rechtsextremen angestrebten Kulturkrieg sowie die Übernahme ihrer Themen vermeiden und versuchen, die Verschmelzung unterschiedlicher rechtsextremer Strömungen zu verhindern. Falls diese dennoch weiter anwachsen, müsse, bevor der Faschismus zum Durchbruch kommen könne, im Bündnis aller demokratischen Kräfte eine *„neue Volksfront“* geschaffen werden. Dazu müsse ein antifaschistisches Ethos propagiert werden. Eine wehrhafte Demokratie müsse rechtsextreme Organisationen mit allen Mitteln des Rechtsstaates bekämpfen.

Über die AfD schreibt Mason: *„Das größte Hindernis für ihren Vormarsch ist die Weigerung der deutschen Konservativen, mit der AfD zusammenzuarbeiten. Aber an der Standfestigkeit der CDU wurden Anfang 2020 Zweifel laut, als die Landespartei in Thüringen bei der Wahl zum Ministerpräsidenten mit der AfD-Fraktion für den Kandidaten der FDP stimmte, um eine linke Regierungskoalition zu verhindern. Aber dank des Drucks der Parteispitze in Berlin (...) konnte die Isolationspolitik aufrechterhalten werden. Es hängt viel davon ab, ob es auch in Zukunft so bleiben wird.“ (S. 51)*

Masons Buch kann kein Patentrezept liefern, ist jedoch anregend und besonders wegen des internationalen Blickwinkels lesenswert.

Demonstrationen für Demokratie und Menschenrechte

Seit den Correctiv-Enthüllungen über das konspirative Treffen von Rechtsextremen in Potsdam, auf dem die Deportation von einem Teil der deutschen Bevölkerung geplant wurde, gehen bundesweit Menschen auf die Straße. Sie treten ein für Demokratie und wenden sich gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit, wie sie von der AfD und anderen propagiert werden. Auch in Hessen haben sich seit Mitte Januar Zigtausende an Demonstrationen beteiligt – auch in zahlreichen kleineren Städten. Die große Beteiligung an den Kundgebungen ist ebenso beeindruckend wie deren Vielfältigkeit: Menschen mit den unterschiedlichsten sozialen und politischen Hintergründen kamen und kommen dabei zusammen. Die DGB-Gewerkschaften spielen bei der Organisation und der Mobilisierung in den verschiedenen örtlichen Bündnissen eine wichtige Rolle. Wir dokumentieren hier die Breite der Bewegung anhand von ausgewählten Bildern.

Kassel, 20. Januar 2024: Rund 15.000 Menschen versammeln sich unter dem Motto „Kassel steht zusammen“, darunter auch „Omas gegen Rechts“. Bilder: Fototeam Hessen, Wolfgang Schödel

Frankfurt, 20. Januar 2024: 50.000 demonstrieren unter dem Motto „Demokratie verteidigen – Frankfurt gegen AfD und Rechtsruck!“ Bilder: Fototeam Hessen, Dietmar Tietzmann

Hanau, 30. Januar 2024: Zur abendlichen Kundgebung „Hanau gegen Rechts“ kommen über 3.000 Menschen. Zeitgleich demonstrieren 8.000 in Fulda. Bilder: Fototeam Hessen, Reiner Kunze

20. Januar 2024: In Limburg an der Lahn gehen 3.000 Bürgerinnen und Bürger „Für Demokratie auf die Straße“ und ziehen durch die Altstadt vor den Dom.

Gießen, 20 Januar 2024: Mit 13.000 Personen findet die größte Demonstration in der mittelhessischen Stadt seit 1992 statt: „Gießen wehrt sich. Nie wieder ist jetzt.“

Zum Inhaltsverzeichnis

Schulische politische Bildung

Vielfalt, Offenheit, Toleranz und Solidarität oder Nostalgie?

Stefan Edelmann *

Gerade im ländlichen Raum trägt die Grundschule dazu bei, ein Bewusstsein für die regionale Umgebung, Kultur und Sprache zu schaffen und dadurch die Identifikation mit der Heimat zu fördern. Die soziale Verwurzelung stärkt die Integration in die Gemeinschaft, lehrt die Übernahme von Verantwortung und fördert dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das demokratische Zusammenleben. Mit einer Kampagne „#hessenverliebt" wollen wir Schülerinnen und Schüler ganz in diesem Sinne noch mehr für unser Land begeistern und Dialekte als Teil der regionalen Sprachkultur stärken. (...) Die Kerncurricula u.a. der Fächer Sachunterricht, Geschichte sowie Politik und Wirtschaft werden wir schärfen. Im Sinne einer noch besseren Vergleichbarkeit werden wir Schritt für Schritt Kerncurricula fortentwickeln und sie gleichzeitig auf Kohärenz, Konsistenz und Redundanzen überprüfen. Wir führen damit verbunden ein Update der Lehrinhalte durch, um in Zukunft mehr praktische Lebenskompetenzen sowie Verbraucher- und Finanzbildung in der Schule zu vermitteln. (S. 12)

Vielfalt als Realität an unseren Schulen erkennen wir an. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antislawismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und jeder Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wirken wir entgegen. (...) Schulen müssen Orte der Wertevermittlung sein, an denen Grundprinzipien wie Toleranz, Solidarität und Respekt vermittelt werden, nicht nur im Unterricht. Wir setzen daher auch weiterhin in Schulen den Fokus auf Grundrechtsklarheit, Extremismusprävention, Wertevermittlung, Demokratieerziehung und politische Bildung. (...) Demokratiepädagogische Angebote als Querschnittsaufgabe sollen in den Curricula in allen Schulformen verankert sein. Präventionsprogramme zur Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus werden wir konsequent ausbauen. (S. 12)

Wir stärken die historisch-politische Bildung an hessischen Schulen, indem wir für alle Schülerinnen und Schüler die Vermittlung der deutschen Geschichte und der Grundlagen unserer Verfassungsordnung mit Exkursionen zu entsprechenden Orten der deutschen Demokratiegeschichte verbinden und Besuche in Gedenkstätten und Museen fördern. (S. 13)

Angesichts der politischen Entwicklungen in Deutschland in den letzten Monaten und der Umfragewerte für kommende Wahlen ist die konsequente Stärkung der politischen Bildung an Schulen wichtiger denn je, um der realen rechtsextremistischen Gefahr etwas entgegenzusetzen. Leider wird diese Gefahr im Koalitionsvertrag nicht konkret benannt, sondern allgemein von „Extremismus" gesprochen. Die Großdemonstrationen von breiten Bündnissen gegen Rechtsextremismus in den letzten Wochen haben erfreulicherweise eine deutlichere Sprache gefunden. Eine konkretere Benennung, in welcher Form die historisch-politische Bildung durch Exkursionen zu „Orten der deutschen Demokratiegeschichte" gefördert werden soll, wäre im Koalitionsvertrag ebenso wünschenswert gewesen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde der alten Forderung der GEW Hessen nach Stärkung und Ausbau der politischen Bildung an einigen Stellen entsprochen. Hierzu sind insbesondere die Stundenaufstockungen beim Fach Politik und Wirtschaft in den Schulformen der Sekundarstufe I und auch die neu eingeführte Belegverpflichtung im letzten Jahr der gymnasialen Oberstufe (Q3/Q4) zu zählen.

Die Ankündigungen im Koalitionsvertrag, Präventionsprogramme zur Bekämpfung von Extremismus ausbauen zu wollen, die Anerkennung von Vielfalt an hessischen Schulen und die Betonung der Grundprinzipien Toleranz, Solidarität und Respekt sind allesamt zu begrüßen. Vage bleibt jedoch, was dies in Bezug auf die konkreten Inhalte tatsächlich bedeutet. So wird angekündigt, die Kerncurricula u.a. der Fächer Sachunterricht, Geschichte sowie Politik und Wirtschaft zu schärfen. Als Stoßrichtung werden allerdings nur bessere Vergleichbarkeit und die Stärkung von praktischer Lebenskompetenz und Verbraucher- und Finanzbildung genannt. Es bleibt also abzuwarten, ob die Schärfung der Curricula in einem unmittelbaren Zusammenhang zu der proklamierten Stärkung der Toleranz und dem Entgegentreten gegenüber jeder Form von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" stehen wird.

An etlichen anderen Stellen des Koalitionsvertrages finden sich Passagen, die auf ein Weltbild rekurrieren, das bestenfalls „nostalgisch" zu nennen ist. Die Identifikation mit „Heimat" und eine entsprechende Kampagne „#hessenverliebt", wie sie im Koalitionsvertrag angekündigt wird, ist sicherlich keine ausreichende Grundlage für eine emanzipatorische politische Bildung im umfassenden Sinne, die sich durch Vielfalt, Offenheit, Toleranz und Solidarität auszeichnen sollte.

* Der Autor ist Leiter des Referats Schule und Bildung der GEW Hessen.

Jugendbeteiligung und Demokratie

Vorgenommene Projekte müssen schnell und gut umgesetzt werden

Thilo Hartmann *

Wir befürworten und fördern politisches Engagement und politische Partizipation junger Menschen an politischen Entscheidungsprozessen. Sie sind die Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt. Zur Stärkung ihrer demokratischen Partizipation setzen wir eine Enquete-Kommission ein. (...) Durch die Landesfachstelle Jugendbeteiligung wollen wir die Zahl der Jugendbeteiligungsformate auf kommunaler Ebene erhöhen. (S. 161)

Wir wollen zudem, dass die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus wie Hadamar, zur gesamtdeutschen Geschichte und des Kalten Krieges wie Point Alpha und die Orte der Demokratiegeschichte zusammen mit dem geplanten „Haus der Demokratie" an der Paulskirche in ihrer Einzigartigkeit und nach dem Drei-Säulen-Modell der Bundesgedenkstättenkonzeption berücksichtigt und fortentwickelt werden. (...) Für die Fragen der Förderung und Weiterentwicklung der Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit in Hessen werden wir einen Fachbeirat einsetzen (...) Wir werden die Landeszentrale für politische Bildung zu einer zentralen Bildungs- und Koordinierungsstelle mit umfassender fachlicher Expertise erhalten und weiterentwickeln. (...) Sie hat den grundlegenden Auftrag, die freiheitliche demokratische Grundordnung, das demokratische Bewusstsein und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. (S. 162)

Zusätzlich zur Unterstützung von Präventionsangeboten ist die Einbeziehung von Melde- und Beratungsstellen in die Analyse und Evaluation von entscheidender Bedeutung. Besonders betonen wir die Notwendigkeit der Planungssicherheit in diesem Bereich. (...) Wir setzen uns für eine effiziente Planung, sichere Umsetzung und kontinuierliche Überprüfung der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen ein. (...) Ein weiterer zentraler Aspekt unserer Strategie ist die Implementierung eines Demokratiefördergesetzes, das die Förderung der politischen Bildung, der Präventionsangebote und außerschulischen Projektpartner wie des Fritz-Bauer-Instituts sicherstellt sowie die Melde- und Beratungsstellen und den Kampf gegen Antisemitismus in ihren Aufgaben und Strukturen verankert. Wir werden den Kampf gegen Antisemitismus stärken und eine Geschäftsstelle einrichten, welche die Netzwerkbildung in Hessen und im Bund und die Zusammenarbeit mit den schulischen und außerschulischen Partnern stärkt und intensiviert. Darüber hinaus gründen wir eine neue Landesstiftung für Demokratie, Aufklärung und politische Bildung. (S. 163)

Im Bereich der Demokratieförderung haben sich CDU und SPD viel vorgenommen – und das ist gut und notwendig! Der Koalitionsvertrag enthält eine Vielzahl sehr begrüßenswerter Initiativen, von denen viele auch auf Forderungen der GEW Hessen zurückgehen. Gemeinsam mit dem Bündnis „Nachhaltige Bildung für eine demokratische Gesellschaft" hatte die GEW den Austausch mit den demokratischen Fraktionen des Landtags gesucht, und viele der dort vorgebrachten Forderungen finden sich nun im Regierungsprogramm wieder. Am wichtigsten ist dabei die angekündigte Bündelung und Koordinierung der vielfältigen Projekte und Maßnahmen in einem Demokratiefördergesetz, das die verschiedenen Initiativen stärken und insbesondere die Finanzierung von Bildungs-, Beratungs- und Präventionsprogrammen verstetigen sollte. Dass der Koalitionsvertrag die notwendige Planungssicherheit für Projekte, die sich zum Beispiel gegen Rassismus engagieren, hervorhebt, ist ein wichtiges Zeichen.

Begrüßenswert ist zudem die Einrichtung einer Enquete-Kommission, die prüft, wie die kommunale Mitbestimmung von Jugendlichen gestärkt werden kann. In Baden-Württemberg sind zum Beispiel Jugendparlamente gesetzlich vorgeschrieben, allerdings fehlt es in manchen Kommunen am politischen Willen, diese auch wirklich einzubeziehen. Daher sollte die Landesregierung hier genau hinschauen und prüfen, wie die Einbindung Jugendlicher bei allen sie betreffenden Fragestellungen in der Realität auch gut und flächendeckend umgesetzt werden kann. Nicht vergessen werden sollte, dass es einer engen Verzahnung auch mit den Bildungseinrichtungen bedarf, damit alle Jugendlichen unabhängig von Schulform und sozioökonomischem Status gleichermaßen profitieren.

Es ist gut und wichtig, dass die neue Landesregierung gerade auch in Anbetracht der Wahlergebnisse der AfD einen Schwerpunkt auf die Demokratieförderung legt. Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Projekte müssen jetzt schnell und gut umgesetzt und vor allem ausreichend finanziert werden. Außerdem sollte die Landesregierung ihr Programm um zwei Punkte ergänzen, die ohne Mehrkosten umgesetzt werden können: So sollte das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt werden. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, sollte zudem die Mitbestimmung für Landesbeschäftigte deutlich ausgeweitet werden.

* Der Autor ist Vorsitzender der GEW Hessen.

Zum Inhaltsverzeichnis

Digitalisierung von Schule

Ein wenig Licht und noch zu viel Schatten

Dirk Kretschmer *

Wir werden die zentrale Beschaffung und Bereitstellung eines digitalen Schulprogrammes prüfen, das im Funktionsumfang eine Unterrichts-, Stundenplan- und Vertretungsverwaltung beinhaltet. Das Programm sollte per Schnittstelle mit Daten aus der LUSD befüllt werden können, und die Stunden- und Vertretungspläne sollten darstellbar in das Schulportal Hessen exportierbar sein. (...) Um auch Lehrkräfte bei einer zeitgemäßen Unterrichtsgestaltung zu unterstützen und ihnen die Erledigung von Schulverwaltungsaufgaben zu erleichtern, soll ihre Ausstattung mit mobilen Endgeräten, finanziert durch Landesmittel, weiter verbessert werden. Dabei wollen wir die sozialpädagogischen Fachkräfte miteinbeziehen. Die Geräte sollen als Dienstgeräte sowohl zu unterrichtlichen Zwecken als auch für Schulverwaltungsaufgaben einsetzbar sein. (...) Unser Ziel ist es, dass an jeder weiterführenden Schule mindestens eine IT-Supporterin oder ein IT-Supporter seinen Dienstort hat (S. 11)

Damit Datenschutz nicht zur Digitalisierungsbremse wird, wirken wir auf eine bundeseinheitliche Strategie zum Datenschutz in Schulen hin. (...) Das Schulfach „Digitale Welt" werden wir landesweit ausrollen. Informatik werden wir stärken. In den Jahrgangsstufen 5 und 6 wird das neue Schulfach „Digitale Welt" flächendeckend eingeführt (...) Wir werden daher Demokratiebildung und Medienbildung als fächerübergreifende Querschnittsthemen in Zusammenarbeit mit externen Partnern weiter stärken und beispielsweise auch verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte im Bereich Medienbildung einführen. (S. 11 f.)

Die Koalition geht das Thema Digitalisierung mit acht Vorhaben an. Die Zielsetzungen lassen erkennen, dass sie sich Rat bei Menschen mit Fachwissen geholt hat. Das allein ist angesichts der seit Jahrzehnten gepflegten Ignoranz gegenüber dem Thema bemerkenswert. Dennoch steht zu befürchten, dass es bei Absichtserklärungen bleibt, wenn wir nicht weiter Druck machen. Die Vorhaben lassen sich den Themenblöcken digitale Infrastruktur und digitale Bildung zuordnen. Gerade bei ersterem hat Schwarz-Rot einige unserer langjährigen Forderungen aufgenommen. Dienstliche Endgeräte sollen endlich auch den sozialpädagogischen Fachkräften zugänglich gemacht werden. Zudem soll es künftig vollwertige Geräte geben, die nicht nur für Unterrichts-, sondern auch für schulverwalterische Zwecke nutzbar sind. Es bleibt zu hoffen, dass für mehr Freiheit bei der Software-Wahl gesorgt wird. Mit dem Ziel, künftig an jeder weiterführenden Schule eine Fachkraft für die Wartung der digitalen Infrastruktur zu beschäftigen, wird sich ebenso den GEW-Forderungen genähert.

Potentiell auf der Habenseite steht zudem das Vorhaben, ein digitales Schulprogramm landesweit bereitzustellen, das die derzeitige Flickschusterei beendet. Die Politik wäre bei der Umsetzung gut durch das Dezernat Medien der Lehrkräfteakademie beraten. Dieses hat mit der Entwicklung des Schulportals bereits gezeigt, wie Digitalisierung von Lehrkräften für Lehrkräfte geht. Mit digitalen Lernräumen in den Schulen wird dagegen ein Vorhaben angegangen, bei dem unsere Bedenken offenbar auf taube Ohren gestoßen sind. Denn im Rahmen der Feuerwehr-Digitalisierung während der Corona-Pandemie ist das informationelle Recht der Lehrkräfte an den eigenen Daten auf der Strecke geblieben. Diese Lernräume sollen hybride Unterrichtsformen ermöglichen und auch langzeiterkrankten Schülerinnen und Schülern zugutekommen. Das ist auf der einen Seite durchaus zu begrüßen, etwa um bei Blitzeis oder Sturm eine Alternative zu haben. Auf der anderen Seite wird hier halluziniert, gute Bildung lasse sich ohne breite personelle Entlastung ins Wohnzimmer streamen.

Beim Thema Datenschutz irritiert das negative Framing als „Digitalisierungsbremse". Eine bundespolitische Initiative für eine einheitliche Strategie zum Datenschutz an Schulen kann sicherlich nicht verkehrt sein, solange dabei die bürgerrechtlich fortschrittliche Datenschutz-Grundverordnung gewahrt bleibt. Gerade was deren Einhaltung anbelangt, hat Hessen seine Hausaufgaben nicht gemacht. Denn die Schul-ID, an der bislang die dienstliche E-Mailadresse und künftig weitere Services hängen sollen, wird immer noch durch den Clouddienst Microsoft Azure bereitgestellt, der personenbezogene Daten über US-Server den dortigen Nachrichtendiensten ausliefert.

Das Schulfach „Digitale Welt" wie die weitere Stärkung von Demokratie- und Medienbildung können sicherlich als gutes Zeichen gewertet werden. Die GEW wird darauf drängen müssen, dass den Lehrkräften für die notwendigen Fortbildungen auch die erforderliche Zeit eingeräumt wird. Last but not least entscheidet auch bei der Digitalisierung die finanzielle Unterlegung über das Gelingen. Schwarz-Rot lässt durchblicken, dass die Kommunen als Schulträger in die Pflicht genommen werden sollen. Dazu muss die Landesregierung diesen aber mit ausreichend finanziellen Mitteln und ohne Antragsbullshit unter die Arme greifen.

* Der Autor ist Mitglied der AG Digitalisierung der GEW Hessen.

Schulen für Erwachsene

Ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems

Janette Leipert *

Wir wollen die Arbeit auf viele Schultern verteilen und daher den Einsatz pädagogischer Fachkräfte an Schulen weiter ausbauen. Wir wollen weitere Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an Hessens Schulen bringen. Die Schulleitung trägt auch für multiprofessionelle Teams die Gesamtverantwortung und muss über die entsprechenden Befugnisse verfügen. (S. 19)

Wir sind sicher: Sprache ist der Schlüssel zu schulischem Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen, dass jeder, der hier leben möchte, die deutsche Sprache lernt. Verpflichtende Deutschkurse sind ein zentrales Integrationsinstrument. Entsprechende Angebote werden wir in den Bildungseinrichtungen des Landes weiter stärken. Zu einer umfassenden Sprachförderung gehören insbesondere die Sprachförderung in Kitas, die Fortführung unserer Intensivklassen und der Ausbau unseres „InteA"-Programms (Integration durch Anschluss und Abschluss). Wenn die Schülerzahlen in den Intensivklassen zurückgehen, wollen wir die zwischenzeitlich vorgenommene Erhöhung des Klassenteilers wieder zurücknehmen. (S. 12)

Die Arbeitswelt der Zukunft und Teilhabe baut auf Qualifikationen und Erfahrungen von Menschen jedweden Alters auf. Lebenslanges Lernen und permanente Weiterbildung werden immer stärker selbstverständlicher Teil der Arbeits- und Lebenswirklichkeit. Schulen für Erwachsene sind ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems, das auch gute Arbeitsbedingungen aufweisen muss. Wir werden eine neue Weiterbildungsinitiative schaffen, um Menschen auf neue Berufsbilder, digitale Anforderungen und Veränderungen in der Arbeitswelt vorzubereiten. Kommunen und gemeinnützige Träger werden unterstützt, um das breite Angebot der Volkshochschulen und überhaupt der Erwachsenen- und Weiterbildung zu erhalten und auszubauen, aber auch um neue digitale Angebote zu schaffen. Niedrigschwellige Sprachfördermaßnahmen und die Angebote der Grundbildung sollen ebenso wie die politische Bildung weiter ausgebaut werden. Insbesondere für Menschen mit Fluchtgeschichte muss ein curriculares Angebot der Bildungssprache Deutsch geschaffen werden, um erfolgreiche Abschlüsse und damit die berufliche Teilhabe zu gewährleisten sowie gesellschaftliche Teilhabe zu stärken. (S. 22)

Die Schulen für Erwachsene werden nur an einer Stelle im Koalitionsvertrag explizit genannt: „Schulen für Erwachsene sind ein wichtiger Bestandteil des Bildungssystems, das auch gute Arbeitsbedingungen aufweisen muss." Diese Aussage ist sicher richtig und wichtig, bleibt aus unserer Perspektive jedoch letztlich zu allgemein und damit inhaltsleer. Gefüllt werden könnte diese Leerstelle mit Verweisen auf andere – teilweise leider nicht weniger unkonkrete – Aussagen, die die Koalitionärinnen und Koalitionäre an anderen Stellen im Bildungskapitel des Vertrages machen und die vor allem auf die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler abstellen, insbesondere bezogen auf Herkunft, sozialen Hintergrund und äußere Bedingungen im Bezug auf Bildungschancen.

Unter anderem könnte die neue Landesregierung der mehrfachen ausdrücklichen Erwähnung, dass Sprache der „Schlüssel zu schulischem Erfolg und gesellschaftlicher Teilhabe" sei, auch in Bezug auf die Studierenden an den Schulen für Erwachsene endlich entsprechen. Dazu gilt es, das Versprechen umzusetzen, „entsprechende Angebote in den Bildungseinrichtungen" zu stärken. Das muss auch die Schulen für Erwachsene einbeziehen. Dazu sollte insbesondere die langjährige Forderung der Landesfachgruppe Erwachsenenbildung, „Vorbereitungskurse Deutsch als Zweitsprache" für alle Bildungsgänge der Schulen für Erwachsene einzuführen, endlich in die Tat umgesetzt werden. Die bestehenden Sprachfördermaßnahmen im Sinne von Deutsch als Bildungssprache reichen nicht aus und müssen daher ergänzt werden. Dem würden Vorbereitungskurse dienen, die den eigentlichen Bildungsgängen an dieser Schulform vorgeschaltet werden.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung sich vornimmt, „die Arbeit auf viele Schultern" zu verteilen und daher „den Einsatz pädagogischer Fachkräfte an den Schulen weiter ausbauen" will. Dabei sollten selbstverständlich auch die Schulen für Erwachsene berücksichtigt werden, denn gerade auch sie beschulen junge Erwachsene, die unter der Pandemie besonders gelitten und noch keinen Schulabschluss erreicht haben. Diese jungen Erwachsenen, die zunehmend mit vielfältigen psychosozialen Problemlagen kämpfen, während sie ihren allgemeinbildenden Schulabschluss nachholen beziehungsweise einen höherwertigen Schulabschluss anstreben, brauchen die Unterstützung von Fachkräften, die in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten.

* Die Autorin ist Mitglied im Leitungsteam der Fachgruppe Erwachsenenbildung in der GEW Hessen.

Zum Inhaltsverzeichnis

Neue Landesregierung

Ministerinnen und Minister der schwarz-roten Koalition im Amt

Roman George

Am 18. Januar trat der neu gewählte Hessische Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Abgeordneten von CDU und SPD wählten Boris Rhein zum Ministerpräsidenten. Dieser erhielt bei seiner Wahl eine Stimme mehr, als die „christlich-soziale" Koalition Abgeordnete hat. Den über 200 Seiten umfassenden Koalitionsvertrag, der das Handeln der Koalition in den kommenden Jahren bestimmen soll, haben wir bereits in der letzten Ausgabe der HLZ analysiert. In der vorliegenden Ausgabe setzen wir diese Reihe fort (S. 20-23). Direkt nach seiner Vereidigung ernannte Boris Rhein die neuen Ministerinnen und Minister.

In allen für die Bildung wichtigen Ministerien gab es Umbrüche. Das betrifft zum einen die personelle Besetzung, zum anderen den Zuschnitt der Ministerien sowie deren Bezeichnung. Alexander Lorz ist einer der wenigen, der sowohl dem vorangegangenen als auch dem neuen Kabinett angehört. Er wechselt jedoch nach zehn Jahren das Ministerium und ist nun für die hessischen Staatsfinanzen zuständig. Ob dieser Wechsel des Ressorts als eine Beförderung bewertet werden kann, sei dahingestellt. Einfacher dürften die Aufgaben angesichts von Wirtschaftskrise und Haushaltsmisere jedenfalls nicht ausfallen. Auf eine längere Amtszeit als Kultusminister konnten nach ihrem Ausscheiden nur die SPD-Politiker Ernst Schütte 1969 und Hans Krollmann 1984 zurückblicken.

Das Kultusministerium erhielt einen neuen Namen, ohne dass sich an dem Zuschnitt etwas geändert hat. Es fungiert jetzt als **Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen**. Ob der geänderte Name jedoch auch mit einer Verbesserung der Bildungschancen einhergehen wird, bleibt abzuwarten – zu hoffen wäre es.

Der neue Minister ist Armin Schwarz. Er war vor seinem 2021 erfolgten Wechsel in den Bundestag bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag. Bis zu seiner erstmaligen Wahl in den Landtag im Jahr 2011 war er als Lehrer für Englisch sowie Politik und Wirtschaft an den Beruflichen Schulen in Korbach und Bad Arolsen tätig. Auf der Ebene des Staatssekretärs herrscht Kontinuität, denn der sich seit 2014 im Amt befindende Manuel Lösel wurde erneut benannt. Vor seinem Wechsel in das Ministerium war er Schulleiter an einem Gymnasium in Gießen.

Prof. Dr. R. Alexander Lorz übergibt das Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen an Armin Schwarz. Staatssekretär Dr. Manuel Lösel bleibt im Amt. Bild: HMKB

Aus dem ehemaligen „Ministerium für Wissenschaft und Kunst" wurde das **Ministerium für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur**. Die Koalition will ihre Ambitionen anscheinend durch überlange Namen der Ministerien zum Ausdruck bringen. Das erscheint in diesem Fall auch inhaltlich fragwürdig, weil sich die Begriffe Forschung und Wissenschaft ähnlich schlecht voneinander abgrenzen lassen wie Kunst und Kultur. Dass hingegen das Klima in keinem Ministeriumsnamen mehr auftaucht, dafür aber so wichtige Dinge wie „Jagd und Heimat", ist kein gutes Zeichen.

Wie dem auch sei: Mit dem Ausscheiden der Grünen ging das Wissenschaftsministerium an die SPD, der neue Minister ist Timon Gremmels. Wie Armin Schwarz gehörte er in vergangenen Legislaturperioden dem Landtag an, war zuletzt aber Abgeordneter im Bundestag. Er ist Politikwissenschaftler und hat sich in den letzten Jahren vor allem mit Energiepolitik befasst. Neuer Staatssekretär ist Christoph Degen. Der ausgebildete Förderschullehrer war über mehrere Jahre bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und in dieser Funktion ein verlässlicher und kompetenter Ansprechpartner der GEW.

Für den Bereich der frühkindlichen Bildung ist nun Heike Hofmann (SPD) zuständig. Sie leitet das neu zugeschnittene **Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales**. Damit übernimmt sie einen Teil des ehemaligen Sozialministeriums, das zuvor von Kai Klose von den Grünen geführt wurde. Nicht ganz zu Unrecht hatten die Grünen nach der Veröffentlichung des Koalitionsvertrags gespottet, dass die erstarkte CDU der SPD nur ein halbes Sozialministerium überlasse, denn das ausgegliederte „Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege" ging an die CDU. Heike Hofmann ist Juristin und gehört dem Landtag über 20 Jahre an. Zuletzt war sie dessen Vizepräsidentin und innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Die neuen Staatssekretärinnen sind Manuela Strube und Katrin Hechler, beide SPD.

Lehrkräftemangel

Entspannung an den Grundschulen in Sicht?

Kai Eicker-Wolf & Roman George

„Grundschul-Lehrermangel bald vorbei“ und „Bald zu viele Lehrkräfte für Grundschulen“ – so die überraschend optimistischen Schlagzeilen in den Medien Ende Januar. Bezug nehmen diese Titel auf eine neue Studie der Bertelsmann-Stiftung. Eine genaue Analyse der Studie und ihrer Annahmen lässt an dieser positiven Botschaft allerdings Zweifel aufkommen.

Die GEW Hessen stellte im vergangenen Herbst den von ihr ermittelten Lehrkräftemangel vor. Ausgehend vom Jahr 2021 werden demnach am Ende dieses Jahrzehnts in Deutschland fast 63.000 neu ausgebildete Lehrkräfte fehlen. Bis 2035 steigt der Fehlbetrag dann sogar zwischenzeitlich auf über 70.000. Ein besonders großer Mangel droht im Sekundarbereich I ohne Gymnasien, in Hessen entspricht das dem Lehramt an Haupt- und Realschulen.

Kurz nach der GEW publizierte die Kultusministerkonferenz (KMK) im Dezember ihre Modellrechnungen zum Lehrkräftebedarf und zum Lehrkräfteangebot. Die Ergebnisse fallen ähnlich alarmierend aus wie die der GEW-Berechnungen. In den Jahren 2023 bis 2035 übertrifft der Einstellungsbedarf das zu erwartende Lehrkräfteangebot um 68.000. In der Zusammenfassung heißt es: „In allen Lehrämtern lassen die Zahlen einen zum Teil erheblichen Bedarf erwarten. Die Differenzierung nach Lehramtstypen und der fachspezifische Bedarf unter Berücksichtigung der länderspezifischen Besonderheiten zeigen, dass das Problem nicht besetzbarer Stellen in allen Ländern zum Teil langfristig bestehen bleiben wird.“ Auch die KMK sagt besonders große Probleme für den Sekundarbereich I voraus.

Vom Mangel zum Überschuss?

Sowohl die GEW Hessen als auch die KMK prognostizieren eine Verbesserung der Lehrkräfteversorgung an den Grundschulen nach dem Jahr 2025, ohne dass das Problem kurzfristig ganz verschwinden wird. Dem widerspricht nun die neue, von Klaus Klemm und Dirk Zorn verfasste Studie der Bertelsmann-Stiftung. Danach wird bereits im kommenden Jahr die Zahl der neu ausgebildeten Lehrkräfte den Einstellungsbedarf übersteigen. Für den Zeitraum bis 2035 ermitteln Klemm/Zorn einen Lehrkräfteüberschuss von fast 46.000. Dieses Ergebnis basiert auf deutlich reduzierten Geburtenzahlen bis zur Mitte des kommenden Jahrzehnts.

Grundlage für diese Annahme ist der Rückgang der Geburten im Jahr 2022 und in den ersten acht Monaten des Jahres 2023. Im Jahr 2022 fielen die Geburten um 23.000 Kinder geringer aus, als dies in der aktuell gültigen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes angenommen worden ist (diese Bevölkerungsvorausberechnung liegt sowohl den GEW- als auch den KMK-Berechnungen zugrunde). Im Jahr 2023 waren es dann sogar 79.000 Kinder weniger, wobei diese Zahl auf Basis der Monate bis August hochgerechnet wurde. In ihren Berechnungen zum Lehrkräftebedarf gehen Klemm/Zorn davon aus, dass ab 2024 in jedem Jahr 79.000 Kinder weniger geboren werden, als dies in der Bevölkerungsprognose unterstellt worden ist. Aus einer fallenden Geburtenzahl resultiert logischerweise ein geringerer Bedarf an Grundschullehrkräften – die beiden Bildungsforscher kommen so auf ihr Ergebnis von 46.000 überschüssigen Lehrkräften.

Zweifelhafte Annahmen

Tatsächlich scheint die Annahme von dauerhaft geringeren Geburtenraten nicht überzeugend. So könnten die Geburtenzahlen in den beiden Jahren aufgrund von sich überlagernden Krisen (Coronakrise, Ukrainekrieg, Energiekrise) eingebrochen sein. Paare hätten dann ihren grundsätzlich vorhandenen Kinderwunsch nur aufgeschoben. Dann aber würde es sich um eine kurzfristige Veränderung handeln, die keine dauerhafte Auswirkung auf den Lehrkräftebedarf hat.

Natürlich beruhen Prognosen immer auf modellhaften Annahmen, die gegebenenfalls angepasst werden müssen. Aber eine gerade erfolgte kurzfristige Verschiebung als einen Trendbruch zu interpretieren, erscheint zweifelhaft oder doch zumindest erklärungsbedürftig. Angeführt werden von Klemm/Zorn lediglich die Ist-Werte der Jahre 2022 und 2023 im Vergleich zu den entsprechenden Vorausberechnungen. Eine Erklärung aber, warum sie von dauerhaft weniger Geburten ausgehen, liefern Klemm und Zorn nicht. Zuzustimmen ist gleichwohl der Schlussfolgerung, dass „überschüssige“ Lehrkräfte eingestellt werden sollten, um die Bildungsqualität zu verbessern – etwa im Rahmen des Ganztags und des Startchancenprogramms. Doch die Studie hat bereits jetzt die bildungspolitische Diskussion in eine problematische Richtung verschoben, denn sie hat auf schwacher empirischer Basis den Eindruck erweckt, das Problem des Lehrkräftemangels werde sich bald von selbst erledigen.

„Spielraum für die Grundschulentwicklung“ sehen Klemm und Zorn. Die Studie kann auf der Homepage der Bertelsmann-Stiftung heruntergeladen werden, die GEW-Studie auf www.gew-hessen.de.

Zum Inhaltsverzeichnis

Sprachverbote

Vom Gendern und anderen Sorgen

Tina Breidenich *

Vorweg: Ich schreibe geschlechterinklusiv mit Sonderzeichen und spreche sie mit Sprechpausen wie zum Beispiel in Schul-hof, Spiegel-ei oder eben Lehrer-in aus. All diejenigen, die diese Vorbemerkung bereits zum Augenrollen verleitet, sollten unbedingt weiterlesen!

Chronische Unterbesetzung und Notbetreuungen an KiTas, Lehrkräftemangel an geradezu allen Schulformen, eine ständig wachsende Anzahl an Zusatzaufgaben und ein Betreuungsschlüssel, der kaum Zeit für inklusive Beschulung und individuelle Förderung lässt – nicht selten führt die andauernde Überbelastung im Bildungssystem zu hohen Krankenständen und weiteren Engpässen beim Personal. Die Frage *„Haben wir denn keine anderen Sorgen als das Gendern?“* ist in Anbetracht der Missstände im hessischen Bildungssystem daher mehr als nachvollziehbar. Verwunderlich ist nur, dass nun ausgerechnet diejenigen, die all die Jahre versuchten, den stattfindenden Sprachwandel mit dieser Frage als Minderheitenanliegen zu bagatellisieren, das „Gendern“ permanent selbst zum Diskussionsgegenstand machen.

Beinahe hat es den Anschein, als sollten die medienwirksam geforderten Genderverbote ein tatkräftiges Handeln suggerieren, während das Anpacken inhaltlicher Schwerpunkte zur Verbesserung der Lern- und Lehrbedingungen weiterhin nicht auf der Agenda steht. Oder geht es bei dem im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung angekündigten Verbot des Genderns mit Sonderzeichen in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen wie Schulen, Universitäten und dem Rundfunk doch um etwas Anderes? Ein Blick auf die emanzipatorische Entwicklung des „Genderns“, die jüngsten Empfehlungen des Rechtschreibrats und die politischen Hintergründe der Debatte soll darlegen, warum es sich bei einem politisch angeordneten Verzicht auf Sonderzeichen in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Institutionen um mehr als nur eine Orientierung an schriftsprachlicher Korrektheit handeln muss.

Entwicklung des „Genderns“

Sprache gibt uns die Möglichkeit, miteinander in Kontakt zu treten. Sie bestimmt darüber, was in einer Gesellschaft sichtbar, tabuisiert oder schlichtweg existent wird. Längst gilt Sprache daher als eine bedeutende soziale Handlungsebene, in der sich gesellschaftliche Machtverhältnisse und Anerkennungsnormen widerspiegeln. Die Annahme, es sei möglich, in der eigenen Sprachverwendung nicht zu gendern, ist deswegen eine Illusion. Hinter der individuellen Entscheidung, ob und welche Geschlechter in meinem Sprachgebrauch vorkommen, steckt bereits eine – wenngleich nicht immer bewusst gewählte – persönliche Positionierung. Selbst das von manchen als bequemer und neutraler empfundene generische Maskulinum (z. B. der Lehrer) steht für eine Haltung, die es für ausreichend erachtet, andere Geschlechter als das männliche lediglich mitzumeinen. Eine Nicht-Nennung von Geschlechtern kann eine sinnvolle Alternative hierzu sein, jedoch ist es allein mit der Verwendung neutraler Begriffe (Lehrkraft) nicht möglich, existierende geschlechtsspezifische Ungleichheiten abzubilden. Die Nennung zweier Geschlechter (Lehrerin und Lehrer; LehrerIn) war daher viele Jahre das Ziel emanzipatorischer Kämpfe.

Spätestens seit der Erweiterung des Personenstandsgesetzes um ein dritte und vierte Option (divers, männlich, ohne Angabe, weiblich) im Jahre 2018 muss es jedoch eine Möglichkeit geben, weitere Geschlechter in der Sprache abzubilden. Bereits 2006 wurde hierzu der Unterstrich als Geschlechterlücke (Gender gap) zur Sichtbarmachung grammatikalisch und gesellschaftlich ausgeblendeter Geschlechter vorgeschlagen. Drei Jahre später kam der Genderstern als schon im IT-Bereich genutzter Platzhalter dazu. Zu Genderstern und Unterstrich hat sich seit 2015 der Doppelpunkt gesellt, der vermeintlich barrierefreier sein soll – was der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband jedoch verneint.

Jüngste Empfehlungen des Rechtschreibrats

Und auch der Rat für deutsche Rechtschreibung, auf dessen Empfehlungen sich die hessischen Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag berufen, bekräftigt, dass allen Menschen mit geschlechtergerechter Sprache begegnet werden soll und möchte die Entwicklung der sprachlichen Verwendung weiter beobachten. In einer Sitzung am 14. Dezember 2023 wurde daher ein Ergänzungspassus zu Sonderzeichen beschlossen, was einen Schritt hin zur Anerkennung der gar nicht mehr so neuen geschlechterinklusiven Sprachformen darstellt.

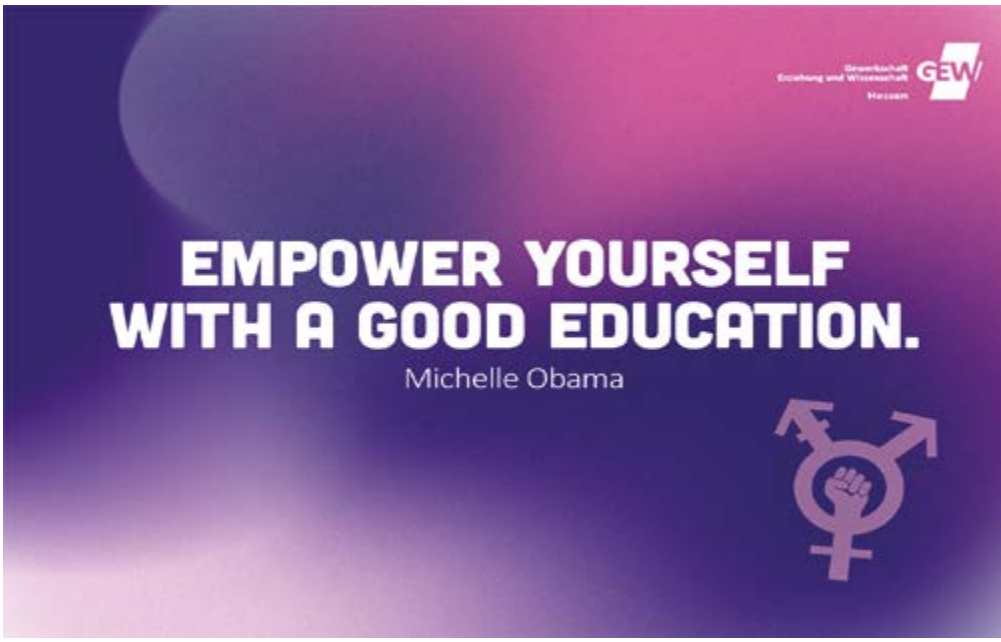
Ein Verbot von Gendern mit Sonderzeichen missachtet also nicht nur die ohnehin stattfindende ständige Weiterentwicklung der alltäglichen Sprache, sondern ignoriert gesellschaftliche Entwicklungen und rechtliche Forderungen nach einer sprachlichen Gleichbehandlung aller Geschlechtsidentitäten. Die Empfehlungen des deutschen Rechtschreibrats werden ebenfalls konterkariert. Nichtsdestotrotz haben Volksbegehren gegen das Gendern und politisch angeordnete Genderverbote aktuell bundesweit Hochkonjunktur. Während sie in Hessen und Bay-

ern bislang nur angekündigt wurden, sind sie in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bereits Realität. Der Leiter der Landesrechtsschutzstelle der GEW Sachsen, Juri Haas, berichtet in einem Interview mit der taz von angedrohten Sanktionen gegenüber Landesbediensteten, die sich für die weitere Verwendung der Sonderzeichen entschieden haben.

Mit welchen Konsequenzen Hessens Schüler*innen, Angestellte und Beamt*innen gegebenenfalls zu rechnen haben werden, ist indes unklar. Es zeichnet sich jedoch ab, dass es sich bei den angekündigten Verboten für Hochschulen und Rundfunk um unzulässige Eingriffe in die vom Grundgesetz geschützte Wissenschafts- und Pressefreiheit handelt, gegen die sich sowohl verschiedene Wissenschaftler*innen als auch der Landesverband des Deutschen Journalistenverbands (DJV) und der Rundfunkrat öffentlich positioniert haben. Inwieweit Sprachverbote die freiheitlich-demokratischen Grundrechte von Lehrenden und Lernenden einschränken, wird ebenfalls rechtlich zu prüfen sein. Eine Sorge mehr also für die gewerkschaftliche Rechtsberatung und die Rechtsabteilungen der Landesbehörden, die sich zukünftig sowohl mit möglichen Formen der Sanktionierung als auch mit der längst überfälligen Prüfung der Rechtmäßigkeit solcher Eingriffe in die öffentliche Sprache beschäftigen werden müssen.

Politische Hintergründe

Letztendlich wird aus einer orthografischen Frage, dem Gendern mit Sonderzeichen, ein Thema von dramatisierender gesellschaftlicher Bedeutung. Hinter den lauten Debatten um Genderverbote verbirgt sich dabei nichts Geringeres als altbekannte rechte Diskursstrategien. Denn seit jeher instrumentalisieren (rechts-)populistische Gruppen und Parteien die Frage nach geschlechterinklusiver Sprache für identitätspolitische Zwecke und verbreiten mit Szenarien von einer „Sprachpolizei“ Ängste und Unsicherheit in der Gesellschaft. Die heraufbeschworenen Angstbilder entbehren jeglicher Substanz und dienen letztlich zur Verbreitung eines antipluralistischen Weltbilds. Dennoch



Zum Frauentag am 8. März 2024 fordert die GEW Hessen unter anderem gleiche Bildungschancen für alle – unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Identität.

funktionieren sie in einer ohnehin von vielen als unsicher empfundenen Zeit besonders gut. Die überhitzt und emotional geführten Genderdebatten sind Ausdruck dessen und schaffen ein Klima, in dem es schwierig wird, sachlich aufeinander zuzugehen.

Dass nun ausgerechnet diejenigen, die mit diesem Argument häufig gegen eine sie vermeintlich unterdrückende „Cancel Culture“ wettern, Sprachverbote fordern, anstatt der sprachlichen Entwicklung und den nötigen demokratischen Aushandlungsprozessen ihren Lauf zu lassen, erscheint geradezu paradox. Die hessischen Regierungsparteien CDU und SPD täten also gut daran, derartige Diskurse nicht weiter zu bedienen und sich anderen Sorgen zu widmen.

Um den parallel zum Erstarken konservativer und (rechts-)populistischer Haltungen aufkommenden Rufen nach Genderverboten und möglichen weiteren ideologischen Eingriffen in das Bildungssystem, die öffentliche Verwaltung und andere öffentlich-rechtliche Institutionen vorzugreifen, hat der GEW Bundesausschuss Queer einen Antrag an den Hauptvorstand gestellt, in dem er den Einsatz der GEW gegen Verbote zur Verwendung von Sonderzeichen fordert. Der Antrag wurde ohne Gegenstimmen im November 2023 beschlossen. Die breite Zustimmung ist ein klares Zeichen gegen Sprachverbote und auch die Vorsitzende der GEW, Maike Finnern, hat im Kontext der Klage eines Berliner Vaters gegen das Gendern an Schulen gesagt: *„Sprache befindet sich in einem ständigen Wandel. Das muss sich auch im schulischen Unterricht abbilden können.“*

Die Diskussion und auch das Streiten über Sprache gehören zu ergebnisoffenen Aushandlungsprozessen und einer funktionierenden Demokratie. Ein politisch angeordnetes Eingreifen in die öffentliche Sprache ist deswegen ein massiver ideologischer Eingriff in demokratische Prozesse und die gesellschaftliche Weiterentwicklung. Unabhängig davon, wie jede*r Einzelne es persönlich mit dem Gendern nun halten mag, sollte die bröckelnde Brandmauer gegenüber antidemokratischen Debatten und rechter Sprachpolitik uns allen also große Sorge bereiten und zur Wachsamkeit aufrufen!

* Tina Breidenich, Lehrkraft an einer IGS, Lehrbeauftragte*r Institut für Soziologie Goethe-Universität Frankfurt, Leitungsteammitglied Bundesausschuss Queer der GEW und Personengruppe Frauen* Bezirksverband Mittelhessen

Zum Inhaltsverzeichnis

PISA-Schock 2.0?

Ergebnisse der PISA-Studie und des IQB-Bildungstrends

Roman George

Das deutsche Schulsystem ist der internationalen Schulleistungsstudie PISA zufolge hinter das Niveau zurückgefallen, das es vor 20 Jahren erreicht hat. In allen untersuchten Bereichen fielen die durchschnittlichen Leistungen auf den niedrigsten je ermittelten Stand. Die erstmalige Veröffentlichung der PISA-Ergebnisse hatte den sogenannten PISA-Schock verursacht: Während sich Deutschland gefühlt eher an der Spitze verortete, attestierte diese Studie nicht mehr als internationales Mittelmaß. Und sie stellte fest, dass in Deutschland der Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hintergrund und Bildungserfolg deutlich stärker ausgeprägt ist als in den meisten anderen Ländern der OECD. In den Folgejahren herrschte bildungspolitischer Aktionismus. Neben fragwürdigen Entwicklungen, wie der Kompetenzorientierung, gab es auch zweifelsfrei hilfreiche Programme, etwa zur Einführung von Ganztagsschulen. Bei den folgenden PISA-Runden konnte sich Deutschland verbessern, wenn sich auch an der engen Verbindung von Schulleistungen und sozialer Herkunft nichts änderte.

Als nun die OECD Anfang Dezember 2023 die neusten Ergebnisse vorstellte, die für Deutschland überaus ernüchternd ausfielen, blieben die Reaktionen der Öffentlichkeit und der Politik eher verhalten. Der damalige hessische Kultusminister Alexander Lorz ließ verlautbaren, dass die Ergebnisse für ihn „keine Überraschung“ darstellten. Das schlechte Abschneiden sei auf die Schulschließungen in der Corona-Pandemie zurückzuführen. Hinzu komme die heterogener werdende Schülerschaft aufgrund der Zuwanderung.

Das ist ein beschämender Erklärungsversuch für einen über zehn Jahre verantwortlichen Minister, auch wenn er einen wahren Kern enthält. Dazu ist Folgendes anzumerken:

- Überraschend waren die Ergebnisse insofern nicht, als dass bereits die zuvor veröffentlichten Studien des nationalen Bildungsmonitorings einen deutlichen Leistungsabfall aufgezeigt hatten.
- Die Erhebung der Daten erfolgte wie immer bei 15-Jährigen. Damit wurde eine Alterskohorte geprüft, die besonders stark von den Einschränkungen während der Corona-Pandemie betroffen gewesen ist. Dass dem so war, liegt aber auch daran, dass die Schulen denkbar schlecht vorbereitet in die zweite und dritte Welle der Pandemie geschickt wurden – keine Konzepte für Fern- und Wechselunterricht, schlechte digitale Ausstattung ... Außerdem war es die Entscheidung des Kultusministeriums, die Durchführung aller zentralen Abschlussprüfungen zu priorisieren. Die Folge war, dass gerade dieser Altersjahrgang besonders lange vom Präsenzunterricht ausgeschlossen geblieben ist.
- Die Schülerschaft ist seit Jahrzehnten heterogener geworden, ohne dass das Bildungssystem konzeptionell darauf ausgerichtet wurde. Noch immer gibt es etwa viel zu wenige in Deutsch als Zweitsprache ausgebildete Lehrkräfte. Zudem lässt sich auf das Beispiel Kanadas verweisen, das sich schon immer als Einwanderungsland versteht und dessen Bildungssystem bei PISA sehr gute Ergebnisse erzielt.
- Mit dem Hinweis auf Corona und Migration wird abgelenkt von anderen Problemen des Schulsystems, bei denen ein negativer Einfluss alles andere als unplausibel ist. An erster Stelle ist der Lehrkräftemangel zu nennen. Dass der Unterricht von ausgebildeten Lehrkräften in der Regel besser ist und somit zu höheren messbaren Leistungen führen dürfte, liegt auf der Hand. Die aktuelle PISA-Studie selbst weist darauf hin, dass die Ergebnisse an Schulen, die stärker vom Mangel betroffen sind, schlechter ausfallen.

Anteil der Schüler:innen, die den Mindeststandard verfehlen

	Kompetenzbereich	Deutschland	Hessen
Deutsch	Lesen	32,5 % (+9,1 %*)	37,1 %* (+11,2 %*)
	Zuhören	34,4 % (+16,0 %*)	38,0 % (+17,1 %*)
	Orthografie	22,3 % (+8,6 %*)	21,4 % (+6,9 %*)
Englisch	Leseverstehen	24,1 % (-2,7 %*)	23,2 % (-2,7 %)
	Hörverstehen	14,0 % (-2,9 %*)	12,5 % (-3,2 %)

Prozentualer Anteil der Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse, die den Mindeststandard für den Mittleren Schulabschluss verfehlen. In Klammern angegeben ist die Veränderung gegenüber der letzten Erhebung 2015 in Prozentpunkten. Der Stern (*) markiert eine statistisch signifikante Differenz gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt bzw. gegenüber der vorangegangenen Erhebung. Quelle: IQB-Bildungstrend 2022, S. 53ff., eigene Darstellung.

Was sind die Ursachen?

Was die Rolle der Lehrkräfte anbelangt, hat der für PISA verantwortliche OECD-Bildungsdirektor, Andreas Schleicher, vor einigen Wochen tief blicken lassen. Für die behauptete Überlastung von Lehrkräften in Deutschland habe er wenig Verständnis, äußerte er in einem Presseinterview. Viele verstünden sich in erster Linie als „Befehlsempfänger“, die im Klassenzimmer statisch einen Lehrplan abarbeiten müssten. Als nachahmenswertes Beispiel verwies er auf die chinesische Provinz Qingdao.

Diese Aussagen von Andreas Schleicher wurden von der GEW und anderen Verbänden deutlich zurückgewiesen. Einmal mehr wurden so zwei Probleme von PISA und anderen Schulleistungsstudien deutlich:

- Erstens bleiben bei diesen wichtige Dimensionen von Bildung unberücksichtigt, obwohl sie so viele Daten liefern. Das betrifft ganz elementare Teile des Bildungs- und Erziehungsauftrags, die sich einer empirischen Messung weitgehend entziehen, wie beispielsweise die musische Bildung, Demokratieerziehung und soziale Teilhabe.
- Zweitens können die Ursachen für die gemessenen Entwicklungen letztendlich kausal nicht eindeutig aufgeklärt werden. Daher werden Ergebnisse beispielsweise ebenso als Argument für das gegliederte Schulsystem ins Feld geführt wie als Argument für ein Gesamtschulsystem. Dass die Schulleistungen in den meisten ostasiatischen Ländern zu großen Teilen auf extremen Leistungsdruck und exorbitante Ausgaben für private Nachhilfe zurückzuführen sein dürften, wird so schnell übersehen – die Folgeprobleme ebenso.

Schulleistungsstudien können durchaus wichtige und belastbare Informationen zu bestimmten, jedoch begrenzten Fragestellungen liefern. Keinesfalls aber dürfen sie zum Maß aller Dinge gemacht werden. Die bestehenden Grenzen sollten immer in Erinnerung gerufen werden. Als besonders relevant können die Ergebnisse beurteilt werden, die sich auf das Erreichen von Mindeststandards beziehen. Denn für die soziale Teilhabe wie auch für die Erwerbsintegration ist es elementar, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler die grundlegenden Kenntnisse in Lesen, Schreiben, Rechnen und mindestens einer Fremdsprache erwerben. Das gilt auch für die naturwissenschaftliche Bildung, wie Joachim Curtius in der HLZ 12/2023-1/2024 argumentiert. Apropos Naturwissenschaften: Dies ist der einzige Bereich, in dem Deutschland bei PISA nach wie vor geringfügig oberhalb des OECD-Durchschnitts liegt. Gleichwohl kommen auch in diesem Bereich 23 Prozent der deutschen Schülerinnen und Schüler nicht über Kompetenzstufe 2 hinaus, welche dem Mindeststandard entspricht. Hinsichtlich der Lesekompetenz (25 Prozent) und der Mathematik (30 Prozent) fällt der Anteil noch größer aus.

Hessen im Bundesvergleich

Die PISA-Ergebnisse erlauben nur eine bundesweite Auswertung, für einen Bundesländervergleich lässt sich jedoch auf die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends zurückgreifen. Die letzte Runde wurde wie PISA 2022 erhoben und bezog sich auf die gleiche Altersgruppe. Untersucht wurden die Leistungen in Deutsch, Englisch sowie teilweise auch Französisch. Im Fach Deutsch ist bundesweit ein deutlicher Leistungsrückgang festzustellen. Der Anteil, der die Mindeststandards für den Mittleren Schulabschluss verfehlte, hat sich beim Lesen und Zuhören drastisch auf etwa ein Drittel erhöht. Das bedeutet konkret, dass jede dritte Schülerin und jeder dritte Schüler daran scheitert, mehrere aufeinanderfolgende Einzelinformationen aus strukturell komplexeren, längeren Texten miteinander zu verknüpfen. Wenn es am Verstehen von solchen Texten hapert, hat das weitreichende Folgen, für den weiteren Bildungsweg ebenso wie für die Teilhabe in vielen Lebensbereichen.

In Hessen fällt der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die den Mindeststandard beim Lesen und Zuhören verfehlen, noch größer aus als in Gesamtdeutschland. Nur bezogen auf die Orthografie liegt Hessen im Durchschnittsbereich. Doch schließen will ich mit einem erfreulicheren Ergebnis: Die Leistungen im Englischen haben sich deutschlandweit und auch in Hessen verbessert. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die den Mindeststandard verfehlen, ist entsprechend geschrumpft. Erneut lässt sich über die Ursachen nur spekulieren. So wurde gemutmaßt, dass das verstärkte Streamen von englischsprachigen Serien während der Pandemie zu dieser Entwicklung beigetragen haben könnte. Es gibt also noch gute Nachrichten aus der Bildungsforschung. Solche Befunde sollten Mut machen, denn sie zeigen auf, dass es auch anders und besser gehen könnte.

Literatur

OECD (2023): PISA 2022 Country Notes. Deutschland, OECD Publishing, Paris.

Stanat, Petra/Schipolowski, Stefan/Schneider, Rebecca/Weirich, Sebastian/Henschel, Sofie/Sachse, Karoline A. (Hg.) (2023): IQB-Bildungstrend 2022. Sprachliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich, Münster.

Zum Inhaltsverzeichnis

Europawahl 2024

Wählen ab 16 – eine Chance für mehr Demokratie

Martina Tschirner *

Wenn am 9. Juni das Europäische Parlament neu gewählt wird, dürfen erstmalig auch junge Menschen ab 16 Jahren an den Wahlen teilnehmen. Denn im November 2022 hat der Deutsche Bundestag gegen die Stimmen von CDU/CSU und AfD beschlossen, das Wahlalter für die Europawahlen auf 16 Jahre abzusenken. Das passive Wahlrecht ist weiterhin auf Menschen ab 18 Jahren beschränkt. Damit wird die Zahl der Wahlberechtigten um ca. 2,3 Prozent ansteigen.

Ginge es nach den Vorstellungen der Ampel-Regierung, dann könnte das Mindestwahlalter für die kommende Bundestagswahl ebenfalls auf 16 Jahre abgesenkt werden. So steht es zumindest im Koalitionsvertrag. Da das Wahlalter aber im Grundgesetz (Art. 38 Abs. 2) verankert ist, lässt es sich nur mit einer Zweidrittelmehrheit ändern und diese ist nicht in Sicht. In elf Bundesländern dürfen 16-Jährige bereits bei Kommunalwahlen ihre Stimme abgeben. In Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gilt dies auch für die Landtagswahlen. Auch in Malta, Griechenland und Österreich liegt das Wahlalter bei allen Abstimmungen und Wahlen unter 18 Jahren.

Wählen ab 16

Die Absenkung des Wahlalters ermöglicht, dass die Interessen junger Menschen in politischen Entscheidungsprozessen mehr Berücksichtigung finden. Dies ist wichtig, denn schon heute stellen die über 70-Jährigen die größte Wählergruppe. Gerade in Zeiten von Krisen und Unsicherheiten fühlen sich junge Menschen politisch ohnmächtig. Sie werden nicht gefragt, auch dann nicht, wenn es um politische Entscheidungen geht, die unmittelbare Auswirkungen auf ihr Leben haben. Das hat die Corona-Krise gezeigt. Die Bewegung Fridays-for-Future hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, dass sich Jugendliche politisch betätigen wollen und können. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist ein wichtiges Zeichen der Politik, dass die Meinungen der jungen Menschen ernst genommen werden.

In den zum Teil sehr hitzigen Diskussionen werden gegen das Absenken des Wahlalters immer wieder die gleichen Argumente vorgebracht: Jungen Menschen unter 18 Jahren mangele es an notwendigem Wissen, Lebenserfahrung und geistiger Reife, um verantwortungsvoll politische Entscheidungen treffen zu können. Darüber hinaus wird angeführt, Jugendliche neigten dazu, populistische und extreme Parteien zu wählen. Dem kann man entgegenhalten, dass junge Menschen mit 16 beziehungsweise 17 Jahren durchaus in der Lage sind, verantwortungsbewusste Entscheidungen zu treffen, denn entwicklungspsychologische Erkenntnisse zeigen, dass die soziale und moralische Urteilsfähigkeit wie auch die Fähigkeit zu reflexiven Denkprozessen bereits ab der frühen Jugend ausgebildet sind.

Wichtige Argumente, die für das Wählen ab 16 sprechen, liefert die empirische Politikwissenschaft beziehungsweise die Wahlforschung, die sich unter anderem mit den politischen Einstellungen von Jugendlichen und ihrer Partizipationsbereitschaft beschäftigen. So konnten beispielsweise die Politikwissenschaftler Thorsten Faas und Arndt Leininger, die im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung 2019 16- und 17-jährige Erstwähler:innen der Landtage in Sachsen (Wahlalter 18 Jahre) und Brandenburg (Wahlalter 16 Jahre) repräsentativ befragten, feststellen, dass Jugendliche durchaus zur Teilnahme an Wahlen befähigt sind. Sie konnten auch nachweisen, dass sich die Wahlberechtigung äußerst positiv auf das Interesse an Politik und politischer Partizipation auswirken kann. Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren, so das Ergebnis der Studien, unterscheiden sich in ihrem politischen Wissen und in ihrem Partizipationsverhalten nicht grundsätzlich von den 18- bis 20-Jährigen, die voll wahlberechtigt sind.

Dieses Ergebnis wird auch durch internationale Studien bestätigt. In unserem südlichen Nachbarland Österreich dürfen sich Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren bereits seit 2008 an allen politischen Wahlen und Abstimmungen beteiligen. Nach drei Nationalratswahlen, an denen sich junge Menschen ab 16 beteiligen durften, konnten die Wahlforscher:innen feststellen, dass Jugendliche ähnlich abstimmten wie die übrigen Alterskohorten. Die Ergebnisse deuten auf überlegte und bewusste Entscheidungen hin.

Warum wählen?

Wahlen sind in modernen Demokratien die zentrale Form der politischen Partizipation. In Wahlen artikuliert die Bevölkerung ihren politischen Willen, legitimiert die legislativen und kontrolliert die exekutiven Entscheidungsgewalten. Wahlen stellen die Integration der Interessen und Meinungen im demokratischen Prozess sicher. Nehmen jedoch einzelne Menschen oder auch ganze Gruppen nicht am Wahlprozess teil, besteht die Gefahr, dass ihre Interessen nicht hinreichend Berücksichtigung finden. Diese Gefahr eines Repräsentationsdefizits ist besonders hoch bei Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen und niedriger formaler Bildung, denn die empirische Politikwissenschaft konnte nachweisen, dass die

Wahlbeteiligung erheblich vom sozioökonomischen Status abhängig ist. Menschen aus diesen Milieus beteiligen sich seltener an Wahlen, weil ihnen der Glaube an die politische Selbstwirksamkeit fehlt und ihre empfundene Wahlverpflichtung nur gering ausgebildet ist. Diese Feststellung trifft auch auf Jugendliche zu. Je niedriger der sozioökonomische Status der Wähler:innen ist, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich nicht an Wahlen beteiligen.

Chance für politische Bildung

Die anstehende Europawahl und die Wahlbeteiligung der unter 18-Jährigen eröffnen der schulischen politischen Bildung viele Chancen, denn aus Schüler:innen werden nun auch Wähler:innen. Die politische Bildung kann die jungen Erstwähler:innen auf den Wahlakt vorbereiten, sie in ihrer Urteilsbildung unterstützen und ihre Wahlbereitschaft erhöhen. Dass das möglich ist, haben ebenfalls empirische Studien nachgewiesen. Da die politische Sozialisation stark vom Elternhaus und dem sozioökonomischen Milieu abhängig ist, könnte die schulische politische Bildung eine Korrektivfunktion erfüllen, weil sie häufig der einzige Ort ist, an dem sich Jugendliche aus schwächeren sozialen Milieus aktiv mit politischen Fragen auseinandersetzen können. Die wechselseitigen Effekte einer sozial ungleichen Wahlbeteiligung könnten so zumindest minimiert werden.

Dass es sich lohnt, das Thema Wahlen und politische Partizipation im Unterricht ausführlich zu behandeln, zeigt das Projekt „Juniorwahl", das der gemeinnützige Verein Kumulus e.V. seit 1999 organisiert und das an immer mehr Schulen im Kontext anstehender Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen durchgeführt wird. Zur unterrichtlichen Vorbereitung stellt Kumulus e.V. handlungs- und produktionsorientierte Unterrichtsmaterialien zur Verfügung, die von den Lehrkräften an die jeweilige Lerngruppe angepasst werden können. Einheitlich soll allerdings die Durchführung der simulierten Wahl ablaufen, die von den Lernenden selbst organisiert wird. Der Wahlakt findet dann einige Tage vor der „echten" Wahl statt.

Bei der Wahl des Europäischen Parlaments, die am 9. Juni 2024 stattfindet, sind in Deutschland erstmals junge Menschen ab 16 wahlberechtigt. Hier ist der Plenarsaal zu sehen. Bild: Freepik

Mehrere Durchläufe der „Juniorwahl" wurden wissenschaftlich begleitet, sodass mittlerweile solide Aussagen über die Wirksamkeit des Projektes möglich sind. Untersucht wurden unter anderem die politischen Grundeinstellungen und wahlbezogenen Haltungen der teilnehmenden Jugendlichen. Diese wurden dann mit Kontrollgruppen verglichen, die nicht an der Wahl teilgenommen hatten. Die Autor:innen der Begleitstudien konnten den Nachweis führen, dass es bei den Jugendlichen durch die Teilnahme an den „Juniorwahlen" zu einem messbaren Wissenszuwachs sowie einem deutlichen Anstieg politischer Diskussionen und Gespräche im Freundes- und Familienkreis gekommen ist. Darüber hinaus stieg die Bereitschaft, sich grundsätzlich an Wahlen zu beteiligen, deutlich an. Gleiches gilt für die Bereitschaft, sich auch außerhalb der Schule mit politischen Themen zu beschäftigen. Dort, wo sich soziale Benachteiligung negativ auf die Partizipationsbereitschaft und politischen Einstellungen auswirkt, wirkt die „Juniorwahl" besonders stark.

Insgesamt kann man feststellen, dass sich handlungsorientierte Projekte wie die „Juniorwahl" besonders eignen, Schüler:innen von der Wichtigkeit der politischen Beteiligung zu überzeugen und sie bei ihrer ersten Wahlteilnahme zu unterstützen. Angesichts des aktuellen Rechtsrucks in Europa, der sich möglicherweise durch die Wahlen am 9. Juni noch verstärken wird, ist die Beteiligung auch der jungen Menschen wichtiger denn je.

* Dr. Martina Tschirner ist Akademische Oberrätin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt, Arbeitsbereich Didaktik der Sozialwissenschaften.

Literatur

Faas, Th./Leininger, A. (2020): Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters. Otto-Brenner-Stiftung

Faas, Th./Leininger, A. (2023): Mehr Wählen wagen. Ungleichheiten beim „Wählen ab 16" und ihre Folgen. Otto-Brenner-Stiftung

Kumulus e.V. (2017): Praxisforschung zur Juniorwahl. Berlin/Magdeburg/Köln

Schäfer, A. (2023): Wer fehlt an der Wahlurne? Sozialräumliche Muster der Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen. Friedrich-Ebert-Stiftung, *https://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/20628.pdf*

Zum Inhaltsverzeichnis

Modernisiert unverzichtbar

Das Fach Arbeitslehre an hessischen Schulen

Andrea Gergen

Die Entwicklung einer Didaktik des Fachs Arbeitslehre geht auf die Industrie- und Arbeitsschulbewegungen Anfang des letzten Jahrhunderts zurück, in denen die Entwicklung von Arbeitsunterricht beforscht und die menschliche Arbeitstätigkeit in die Bildung von Jugendlichen mit einbezogen wurde. Durch schulische und außerschulische Erfahrungen sollte Arbeit erlebt und reflektierbar gemacht werden. Bis in die 1990er Jahre wurde das Fach in Hessen durch Wolfgang Klafki erforscht, es wurde in allen Schulformen unterrichtet. Es besteht bis heute weiter an hessischen Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen und Mittelstufenschulen. Arbeitslehre im Lehramtsstudiengang kann man bundesweit an zwölf Hochschulen studieren – in Hessen an der Justus-Liebig-Universität Gießen und an der Universität Kassel.

Das Schulfach Arbeitslehre wird an hessischen Haupt-, Real- und Gesamtschulen ab dem 7. Schuljahr mit Themen aus dem engeren Lebensbereich der Schülerinnen und Schüler angeboten. In der zweiten Hälfte der Sekundarstufe I steht zumeist das Thema Berufsorientierung mit einem Praktikum in einem produzierenden Betrieb im Mittelpunkt des Unterrichts. Als Pflichtfach wird das Fach an Hauptschulen und Gesamtschulen unterrichtet. An Integrierten Gesamtschulen kann Arbeitslehre durch Wahlpflichtangebote der beruflichen Orientierung ergänzt werden. An Realschulen findet Arbeitslehre zumeist als Wahlpflichtfach statt und wird dort, ebenso wie an Gesamtschulen, als Alternative zur zweiten Fremdsprache angeboten. Es vermittelt gebündelt Berufsorientierung, wirtschaftliche Zusammenhänge, Alltagsfragen, Fragen der Verbrauchererziehung, Aspekte gesunder Lebensführung, fachpraktische Übungen sowie Kenntnisse in Technik und Informatik. Damit kann auch der derzeitige epochale Wandel in Technik, Wirtschaft, Beruflichkeit und Gesellschaft im Sinne gesellschaftlicher und individueller Transformationsprozesse zum Thema gemacht werden.

In einer modernisierten Variante des Fachs könnte neben der Berufs- und Arbeitsweltorientierung sowie der technischen Bildung auch eine Grundbildung zu den Themen Digitalisierung und Medienbildung vermittelt werden, beispielsweise bezüglich der sachgerechten Nutzung von IPads und Künstlicher Intelligenz wie Chat GPT. Im Sinne der Allgemeinbildung könnte auch auf lebenspraktische Fertigkeiten eingegangen werden, die von Jugendlichen immer wieder eingefordert werden. Viel Aufmerksamkeit hatte beispielsweise vor wenigen Jahren der Tweet einer 17-Jährigen aus Köln gefunden, die klagte, sie habe in der Schule zwar das Verfassen von Gedichtanalysen gelernt, und dies in vier Sprachen, aber keine Ahnung von Steuern oder Versicherungen. Solche Beschwerden sollten ernst genommen werden.

Die fachpraktische Übung ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Inhalt des Faches Arbeitslehre. Die Fortbildung für Holzbearbeitungsmaschinen wird in Hessen übrigens nur noch vom GEW-Bildungswerk lea angeboten. Bild: Freepik

Folgende Aspekte der Ausgestaltung des Fachs Arbeitslehre stellen sich derzeit als problematisch dar:

- Ungleichverteilung der Unterrichtsstunden an verschiedenen Schulformen
- fachfremder Unterricht
- Reformbedarf der Lehrkräftebildung
- mangelnde Lehrkräftefortbildung

Vieles spricht für eine Modernisierung des Fachs Arbeitslehre und seine schulformübergreifende Einführung an hessischen Schulen – auch im Kontext des im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung angekündigten „Ausrollens" des Fachs Digitale Welt. Die derzeit existierenden Strukturen des Fachs Arbeitslehre an Haupt-, Real- und Gesamtschulen bieten für seinen Ausbau und eine Modernisierung gute Voraussetzungen, denn das Thema Berufsorientierung wird fächerübergreifend und im Kontext der OloV-Strategie in Zusammenarbeit mit externen Anbietern unterrichtet. Arbeitslehre könnte als Ankerfach für das Querschnittsthema der Berufsorientierung dienen. Zur Ausgestaltung einer modernisierten und ganzheitlich angelegten Lebenswelt- und Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler aller Schulformen ist dabei eine Kooperation mit den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern erforderlich.

Literatur

Friese, M. (2018). Arbeitslehre und Berufsorientierung modernisieren. Analysen und Konzepte im Wandel von Arbeit, Beruf und Lebenswelt. Bielefeld: wbv.

Rode, M. (2017). Wieviel Berufsorientierung denn noch? Arbeitslehre und Berufsorientierung sind nicht dasselbe. In HLZ – Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung und Forschung, 70(5), 20-21.

Ukraine

Gewerkschaftliche Solidarität in Zeiten des Krieges

Maike Finnern & Carmen Ludwig *

Am 24. Februar 2024 jährte sich der Beginn des Kriegs der russischen Regierung gegen die Ukraine zum zweiten Mal. Die GEW hat den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg klar verurteilt. Sie setzt ihr Engagement für die Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine sowie für verfolgte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Russland und Belarus fort. Dafür bitten wir um Spenden an den Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW.

Unterricht aus Kellern und Bunkern

Mehr als 3.400 Bildungseinrichtungen in der Ukraine wurden bereits durch den Krieg beschädigt. Dennoch halten die Lehrkräfte den Unterricht aufrecht – teilweise online. „Unsere Lehrkräfte unterrichten auch aus Kellern, Bunkern, U-Bahn-Stationen und zerstörten Wohnungen“, berichtet die ukrainischen Bildungsgewerkschaft TUESWU, mit der die GEW im engen Austausch steht. Insbesondere dank der zahlreichen Spenden an den Heinrich-Rodenstein-Fonds nach Kriegsbeginn konnte die GEW die humanitäre Arbeit von TUESWU vor Ort bislang mit 35.000 Euro unterstützen. Die Spenden helfen auch dabei, geflüchteten Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine das Ankommen in Deutschland zu erleichtern.

Ferien vom Krieg

In Kooperation mit TUESWU und der Jugendorganisation „Die Falken“ konnte die GEW über 30 Jugendlichen aus der Ukraine „Ferien vom Krieg“ ermöglichen. Drei Zeltlager wurden bereits in Berlin (2022), Franken und auf Föhr (2023) für die Kinder von Gewerkschaftsmitgliedern aus der Ukraine durchgeführt. Mit den Jugendlichen werden vor Ort gemeinsame Freizeitaktivitäten organisiert. In einem Schreiben an die GEW bedankte sich der TUESWU-Vorsitzende, Georgiy Trukhanov, für die solidarische Unterstützung in den schwierigen Zeiten des Krieges, „in der die Kinder jeden Tag Fliegeralarm und Explosionen hören.“ Die Zeltlager leisteten einen Beitrag zu deren Gesundheit. „Während ihres Aufenthalts in den Sommercamps hatten unsere Kinder die Möglichkeit, den Alltagssorgen zu entfliehen.“ Die gemeinsamen Camps sollen auch zukünftig fortgeführt werden.

Verfolgung von Kriegsgegnerinnen und -gegnern

„Wir sind solidarisch mit den Menschen in Russland und Belarus, die den Mut aufbringen, offen gegen den Krieg zu protestieren oder sich als Lehrkräfte und Wissenschaftler*innen der Propaganda einer ‚militärischen Sonderoperation‘ widersetzen“, heißt es in der Resolution des GEW-Gewerkschaftstags 2022. In Russland hatten zu Kriegsbeginn mehr als 5.000 Lehrkräfte eine Petition gegen den Ukraine-Krieg unterzeichnet. Die GEW unterstützt verfolgte Kolleginnen und Kollegen, die wegen ihres Engagements aus Russland flüchten müssen. Sie steht zudem im Austausch mit der unabhängigen Bildungsgewerkschaft Uchitel‘, die für die Rechte der Lehrkräfte in Russland eintritt.

Haftstrafen für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

In Belarus wurden die unabhängigen Gewerkschaften 2022 zerschlagen, weil sie sich für die Rechte der Beschäftigten, für Demokratie und gegen den Krieg engagiert hatten. Viele führende Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter wurden bereits zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Gemeinsam mit dem DGB, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Exilorganisation Salidarnast setzt sich die GEW weiterhin für ihre Freilassung ein.

Der Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW arbeitet mit gewerkschaftlichen Partnern in aller Welt zusammen. Heinrich Rodenstein war Gründer und Vorsitzender der GEW nach dem Zweiten Weltkrieg.

Der Austausch und die gewerkschaftliche Solidarität mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Ukraine sowie mit den in Russland und Belarus verfolgten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern bleiben auch zukünftig eine wichtige Aufgabe, die über eine Spende an den Heinrich-Rodenstein-Fonds der GEW unterstützt werden kann.

Heinrich-Rodenstein-Fonds:
www.gew.de/heinrich-rodenstein-fonds

GEW-Seite Internationales:
www.gew.de/internationales

GEW-Newsletter Internationales:
www.gew.de/internationales/newsletter-international/

* Maike Finnern ist Bundesvorsitzende der GEW, Carmen Ludwig ist Referentin für Internationales der GEW.

Zum Inhaltsverzeichnis

Tagespauschale statt Arbeitszimmer

Neuregelung im Einkommensteuergesetz

Annette Loycke & Heike Schiecke *

Die Steuererklärung für 2023 steht an. Und der Steuerbescheid könnte für manch einen eine Überraschung bringen. Denn seit dem Kalenderjahr 2023 können Lehrkräfte an Schulen in der Regel kein häusliches Arbeitszimmer mehr geltend machen. Viele Beschäftigte dürften dennoch profitieren.

Wer ein „richtiges Arbeitszimmer“ hatte, konnte für dieses bisher die reduzierte Pauschale von 1.250 Euro jährlich als Werbungskosten geltend machen, wenn „kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht“. Auch bei Lehrkräften, die für das Unterrichten in die Schule gehen, gingen die Finanzämter davon aus, dass diese gesetzliche Voraussetzung erfüllt war. Als während der Corona-Pandemie die Beschäftigten massenweise ins Home-Office gingen, wurde ergänzend die Tagespauschale eingeführt. Diese betrug 5 Euro am Tag, maximal 600 Euro. Diese kann auch geltend machen, wer kein Arbeitszimmer besitzt. Daran wird festgehalten.

Die vollständig aktualisierte Broschüre „Arbeitsplatz Schule“ wird Anfang März an alle Schulvertrauensleute der GEW versandt - vollgepackt mit Rechtsinformationen von Arbeitszeit bis Vertretungsunterricht. Digital als Download: www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich > Broschüre

Alle Beschäftigten, die auch einen Arbeitsplatz im Betrieb/in der Dienststelle haben, können die Pauschale für Home-Office-Tage geltend machen. Allerdings nur für die Tage, in denen sie ausschließlich zu Hause gearbeitet haben. Wer nur einen Teil des Tages im Home-Office ist, erhält sie für diesen Tag nicht. Die Pauschale beträgt sechs Euro am Tag, maximal 1.260 Euro im Jahr. Dies entspricht 210 Arbeitstagen.

Aber auch Lehrkräfte, die einen Teil des Tages in der Schule waren und dann zu Hause weiterarbeiten, können die Pauschale nutzen. Denn diese kann auch für Tage des teilweisen Home-Office abgesetzt werden, wenn den Beschäftigten durch den Arbeitgeber/Dienstherrn der Arbeitsplatz nicht dauerhaft zur Verfügung gestellt wird. Dabei genügt es, dass der Arbeitsplatz nur für bestimmte Tätigkeiten, wie zum Beispiel Unterrichtsvor- und -nachbereitung, nicht vorhanden ist (siehe Rundschreiben des Finanzministeriums, Rn. 31, Beispiel „Lehrer A“). Wird an diesem Tag auch zu Hause und nicht nur im Betrieb oder der Dienststelle oder auswärts gearbeitet, kann für diesen Tag die Pauschale in der Steuererklärung eingetragen werden.

Die Rechtsgrundlagen findet man in § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 6b und 6c EStG und im Rundschreiben des Finanzministeriums vom 15. August 2023, www.bundesfinanzministerium.de, Kurzlink: http://tinyurl.com/4kz5wfdd

Weitere Hinweise für Lehrkräfte findet man auf der Homepage der GEW. Die Informationen zum Arbeitszimmer haben wir in diesem HLZ-Artikel aktualisiert: https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/werbungskosten-und-sonderausgaben-richtig-absetzen

** Annette Loycke und Heike Schiecke sind Referentinnen in den Landesrechtsstellen der GEW-Landesverbände Hessen bzw. Thüringen.*

Auch GEW-Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar

Alle Jahre wieder steht sie an: die Steuererklärung. Die Beiträge für die Mitgliedschaft in der GEW können steuerlich abgesetzt werden. Das gilt auch für Pensionärinnen und Pensionäre und Rentnerinnen und Rentner.

Auch wenn inzwischen keine Belege mehr beigefügt werden müssen, möchte man die Höhe der Beiträge wissen und einen Beleg für eine mögliche Nachfrage des Finanzamts haben.

Die GEW hat dazu folgende Möglichkeiten eingerichtet:

1.) Kontoauszug
Dem ersten Einzug des Mitgliedsbeitrags im Jahr 2024, frühestens aber im Februar 2024, ist der im Jahr 2023 entrichtete Mitgliedsbeitrag zu entnehmen.

2.) www.gew.de
Die Jahresbeitragsbescheinigung kann man online im Mitgliederbereich der GEW-Homepage abrufen: Dazu geht man auf die Seite www.gew.de und klickt rechts oben im grauen Balken „Meine GEW“ und dann „Mitgliederbereich“ an. Dort kann man sich unter „Meine GEW“ registrieren und die dort aufgelisteten Felder ausfüllen. Die geforderte Mitgliedsnummer kann man dem Adressaufkleber auf jeder E&W, einem Kontoauszug oder dem 2019 letztmals verschickten Mitgliedsausweis entnehmen. Einmal registriert kommt man mit einem selbst gewählten Namen und einem Passwort in den Mitgliedsbereich und findet dort das rote Quadrat „Beitragsbescheinigung“. Die Beitragsbescheinigung für 2023 ist ab Februar 2024 verfügbar.

Von Einzelanfragen bei unserer Mitgliederverwaltung bitten wir abzusehen.

Personalratswahlen vorbereiten

Aktualisierte Informationen für die Wahlvorstände an Schulen

Harald Freiling

Wie berichtet findet die Wahl aller Personalräte im Schulbereich am 14. und 15. Mai 2024 statt. Gewählt werden

- die Personalräte an allen Schulen,
- die Gesamtpersonalräte (GPRS) bei den 15 Staatlichen Schulämtern
- und der Hauptpersonalrat Schule (HPRS) beim Hessischen Kultusministerium.

Was schon erledigt sein sollte ...

Inzwischen gibt es an jeder Schule einen örtlichen Wahlvorstand (ÖWV), der sicherstellen muss, dass am 14. und 15. Mai in jeder Schule der Schulpersonalrat, der GPRS und der HPRS gewählt werden kann. Er hat eine Liste aller Wahlberechtigten ausgehängt.

Das Wahlhandbuch der GEW informiert in allen Einzelheiten, wer für welchen Personalrat wahlberechtigt ist. Der Schulpersonalrat wird nicht nur von den Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften im Landesdienst gewählt, die an der jeweiligen Schule ihre Stammdienststelle haben, sondern auch von allen, die an die Schule abgeordnet sind.

Spätestens Ende Februar hat der Wahlvorstand das Wahlausschreiben erstellt, aus dem hervorgeht, wie groß der Schupersonalrat sein wird und wie die Sitze auf Beamte und Arbeitnehmer und auf Männer und Frauen verteilt werden und wann und wo die Stimmabgabe erfolgt. Auch die Wahlausschreiben für die Wahl des GPRS und der HPRS werden in jeder Dienststelle ausgehängt.

- Wahlvorstände, die die Unterlagen des Gesamtwahlvorstands nicht bekommen haben, müssen diesen umgehend kontaktieren. Die Adressen findet man im GEW-Wahlhandbuch auf Seite 66f.

Kandidatinnen und Kandidaten suchen und finden

Bis zum Beginn der Osterferien am 22. März sollte feststehen, wer für den Schulpersonalrat kandidiert. Spätestens dann erhält der ÖWV auch die Aushänge, welche Listen für den GPRS (grün) und für den HPRS (blau) gewählt werden können. Diese Informationen und die Wahlvorschläge für den Schulpersonalrat müssen spätestens am 29. April, das heißt zwei Wochen vor der Wahl, ausgehängt werden.

Konkrete Wahlvorbereitungen nach den Osterferien

Nach den Osterferien beginnt der ÖWV mit den praktischen Vorbereitungen für die Wahl:

- Er druckt die Stimmzettel für die Wahl des Schulpersonalrats.
- Er bereitet die Wahlurne und den Abstimmungsraum vor und teilt mit, wann das „Wahllokal“ geöffnet ist.
- Er überprüft die Zahl der Stimmzettel, die er vom GWV für die Wahlen zum GPRS und zum HPRS bekommen hat. Da hier keine gemeinsame Wahl möglich ist, haben die Stimmzettel für Beamte und Arbeitnehmer unterschiedliche Farben. Fehlen Stimmzettel, muss der ÖWV dies beim GWV monieren.
- Kolleginnen und Kollegen, die am Wahltag nicht in der Schule sind, länger erkrankt, in Elternzeit oder beurlaubt sind, können über die Möglichkeit der Briefwahl informiert werden.

Alle weiteren Informationen zur Wahl und das Wahlhandbuch zum Herunterladen oder Durchblättern: https://www.gew-hessen.de/mitmachen/personalratswahlen

Personalrätepreis 2024

Noch bis zum 31. Mai 2024 läuft die Bewerbungsfrist für den Deutschen Personalräte-Preis 2024. Ausgezeichnet werden auch dieses Mal praktische Beispiele erfolgreicher Personalratsarbeit: Hat Ihr Gremium ein spannendes Projekt zur Arbeitszeitgestaltung auf den Weg gebracht? Oder haben Sie sich mit E-Government oder den Folgen der Digitalisierung beschäftigt? Der GPRS Frankfurt wurde 2020 für eine „Dienstvereinbarung Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen“ für den Personalrätepreis nominiert.

- *Weitere Informationen und Bewerbungen: https://www.bund-verlag.de/personalrat/deutscher-personalraete-preis*

Frist zur Überleitung in den TV EGO-L-H bis 31. Mai 2024 verlängert

In der HLZ 2/2024 haben wir ausführlich informiert, wer die Verlängerung der Antragsfrist jetzt noch für einen Antrag auf Überleitung in den TV EGO-L-H nutzen sollte. Zwei Gruppen sollen hier noch einmal besonders genannt werden:

- **Lehrkräfte, die mit einem TV-H-Vertrag an einer Grundschule unterrichten** und vor dem 1. August 2022 eingestellt wurden, bekommen die Annäherungszulage nur, wenn sie einen Antrag auf Überleitung stellen.
- **UBUS-Kräfte** konnten bisher keinen Antrag stellen, da der TV EGO-L-H für sie keine höhere Eingruppierung vorsieht. Das ändert sich mit dem neuen § 9 Abs. 3a. Jetzt können auch UBUS-Kräfte einen Antrag auf Überleitung stellen. Wenn die Gewerkschaften gemeinsam mit den Beschäftigten bei zukünftigen Tarifverhandlungen Verbesserungen zum Beispiel für die UBUS-Kräfte durchsetzen, kommen nur diejenigen in den Genuss der Verbesserungen, die „in der Welt des TV EGO-L-H“ angekommen sind.
- *Wer sollte einen Antrag stellen und wer nicht? Alle weiteren Infos und Musteranträge findet man unter www.gew-hessen.de > Recht > Mitgliederbereich > Entgeltordnung Lehrkräfte*

Zum Inhaltsverzeichnis

Betr. HLZ 12-2023/1-2024
Time to say goodbye...

Dank an Harald Freiling

In der Dezember/Januar-Ausgabe verabschiedete sich Harald Freiling als Redakteur der HLZ, für die er 27 Jahre lang verantwortlich war. Mehr als ein halbes Berufsleben in ehrenamtlicher Tätigkeit: Chapeau, was für eine Leistung!

Als ehemaliger Landesvorsitzender und langjähriger Kollege von ihm an der IGS-Kelsterbach ist es mir ein Bedürfnis, danke Harald zu sagen. Danke für die vielen Stunden, die du der HLZ und damit der GEW zur Verfügung gestellt hast und danke für die Fairness im Umgang mit Menschen und Texten, die kontrovers zu deiner Meinung über den richtigen bildungspolitischen und gewerkschaftlichen Weg standen.

Es gibt viele Kolleginnen und Kollegen in der GEW, die ehrenamtlich arbeiten und die alle unsere Anerkennung verdienen. Aber verantwortlicher Redakteur einer Monatszeitschrift zu sein heißt, im Verlauf von 27 Jahren 250-mal auf den Tag genau abzuliefern und zwischen 30 und 40 Seiten inhaltlich sinnvoll zu füllen.

Es erfüllt uns als GEW mit Stolz, dass du der erste GEW-Funktionär bist, der zum Vorsitzenden des Hessischen Rundfunkrats gewählt wurde. Wir alle können nachvollziehen, dass dich dein neues Amt voll ausfüllt und du jetzt die Leitung der HLZ in andere Hände legen möchtest.

In deiner neuen Funktion wirst du beharrlich und verbindlich die Interessen des HR als öffentlich-rechtlicher Rundfunk, das heißt aber auch seiner Hörerinnen und Hörer vertreten und damit auch die von uns Schulleuten, die wir gerade jetzt mit dieser schwarz-roten Koalitionsvereinbarung im Bereich Bildung einen Tiefpunkt der Schulentwicklung als wahrscheinliches Regierungshandeln erleben müssen.

Alfred Harnischfeger

Harald Freiling ist zum Jahreswechsel als verantwortlicher Redakteur der HLZ ausgeschieden. Doch zum Glück ist er nicht aus der Welt, sondern arbeitet weiterhin mit, unter anderem indem er die HLZ-Service-Seiten zu Recht und den Jubilarinnen und Jubilaren betreut. Diese Zeichnung hat Thomas Plaßmann anlässlich des letzten runden Geburtstags von Harald erstellt. Die zu leistende Jonglage seiner vielfältigen Aufgaben hat sich mit dem neuen Jahr hoffentlich zumindest ein wenig erleichtert.

Betr. HLZ 12-2023/1-2024
Außerschulische Lernorte

Für eine MINT-Zertifizierung gibt es für die Schulen auch die Möglichkeit, BNE-Angebote zu nutzen. In Witzenhausen gibt es ein tolles Tropengewächshaus der Universität Kassel mit Angeboten für Schulklassen und Fortbildungen. Viele Bauernhöfe in Hessen bieten Schulklassen im Programm „Bauernhof als Klassenzimmer“ wunderbare Einblicke in die Landwirtschaft an. Daran wollte ich nur erinnern.

Bärbel Meyer

Rücktritte im Landeselternbeirat

Der Landeselternbeirat von Hessen ist erneut ohne Vorsitzenden. Der 2021 gewählte Volkmar Heitmann war im November letzten Jahres zurückgetreten. Er begründete diesen Schritt unter anderem mit der unzureichenden Bildungspolitik. Der im Dezember nachgewählte Vorsitzende, Wolfgang Stock, ist bereits nach wenigen Wochen zurückgetreten. Die beiden stellvertretenden Vorsitzenden bleiben im Amt, bis die reguläre Neuwahl im Sommer ansteht.

Wir gratulieren im März ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Ingred Eckhardt, Fritzlar
Veronika Fritsch-Schäfer, Wald-Michelbach
Sabine Luster, Marburg
Ronald Mertens, Höchst
Ingrid Miebach-Koch, Gießen
Dorothea Nennemann-Petrenz, Mainz
Roswitha Pfeiffer-Kramer, Niederneisen
Ulrike Pischel-Bremer, Gießen
Ulrike Presch, Eschwege
Ludger Schmelz, Kassel
Rosel Schneider, Karben
Ulrich Stadelmann, Butzbach
Joachim Trost, Künzell

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Birgit Alt, Langen
Brigitte Bader, Gießen
Dr. Hans-Joachim Bauer, Göttingen
Gabriele Bechtel-Scholz, Frankfurt
Brigitte Becker-Scharf, Greifenstein
Silvia Boczek-Wronker, Frankfurt
Kurt Brauer, Nidda
Hans-Jürgen Bredtmann, Frankfurt
Wolfgang Bühring, Wanfried
Anne-Christiane Casu, Rüsselsheim
Dr. Mounira Daoud-Harms, Frankfurt
Volker Daßbach-Breuer, Oberursel
Brigitte Egerer, Groß-Rohrheim
Peter Emmerich, Offenbach
Hubert Frank, Breitscheid-Gusternhain
Marion Froschhäuser, Marburg
Astrid Goeder, Eschborn
Barbara Günther, Frankfurt
Bruno Güttinger, Hanau
Hiltrud Hackenberg, Hanau
Hubert Hackenschmidt, Kassel
Friedrich Handtke, Homberg
Werner Harasta, Taunusstein
Annelore Hartmann, Frankfurt
Annette Heckmann, Kassel
Wilfried Hennemann, Aarbergen
Adam Hercher, Gladenbach
Sigrun Heuser, Braunfels
Dr. Jürgen Hoffmann, Oestrich-Winkel
Peter Jungwirt, Viernheim
Ilse Kaeswurm-Ulrich, Bad Vilbel
Kurt Kiesel, Reinheim
Thomas Klein, Frankfurt
Rainer Kochhäuser, Frankfurt
Eva Kolbe-Gutmann, Hanau
Annemarie Kotsch, Lampertheim
Inge Kroggel, Darmstadt
Brigitte Kubitza, Darmstadt
Julia Liebrich, Frankfurt
Ingrid Mark, Königstein
Elisabeth Meyer, Bad Soden
Bruno-H. Müller, Frankfurt
Ilse Müller, Frankfurt
Christine Nußbaum, Altenstadt
Helga Obenauer, Offenbach
Petra Pett, Kassel
Sieglinde Polanski, Lampertheim
Reinhard Rausch, Weiler
Antje Reich, Frankfurt
Ingrid Rockinger-Dörfel, Frankfurt
Herta Röder-Meckel, Bad Homburg
Jürgen Röglin, Weilmünster
Gisela Schieck, Mainhausen
Wolfgang Schlüter, Lemgow
Inka Schmeling-Kloss, Frankfurt
Dieter Schneider, Marburg
Hannelore Schneider, Aarbergen
Marianne Schol-Buckard, Driedorf
Verena Scholian, Ginsheim-Gustavsburg
Josef Schweighofer, Frankfurt
Edeltraudt Springer, Fuldatal
Doris Stahler, Bad Vilbel
Volker Steitz, Alsbach-Hähnlein
Herbert Storn, Bad Vilbel
Georg Tettke, Vellmar
Angelika Tippelt, Schauenburg
Barbara Viehl, Darmstadt
Klaus Weber, Kirchhain
Dorothee Wegener, Neukirchen
Philipp-Ernst Weiß, Wölfersheim
Hannelore Wudy, Langenselbold
Corinna Zillig, Darmstadt
Gabriele Zimmer-Rüfer, Ober-Mörlen

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Rolf Blees, Langen
Dr. Manfred Dörr, Münzenberg
Ursula Finke, Frankfurt
Prof. Dr. Klaus-F. Geiger, Kassel
Edith Humeau, Darmstadt
Alfred Langner, Kassel
Lisel Schorr, Selters
Joachim Schulz, Petersberg
Hans-Georg von Freyberg, Frankfurt
Annegrete Zimmermann, Darmstadt

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Gerhard Becker, Grünberg
Lothar Groß, Münzenberg
Horst Hensel, Dietzenbach

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Inge Schwiede, Bad Karlshafen

Sozialforum am 4. Mai

Das 17. Hessische Sozialforum von Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Initiativen findet am Samstag, dem 4. Mai 2024 von 11 bis 16 Uhr im Haus am Dom in Frankfurt statt. 100 Tage nach dem Start der schwarz-roten Koalition melden sich u.a. das Bündnis Mietenwahnsinn, Fridays for Future und die Initiative Verkehrswende zu Wort. Anmeldung: hausamdom@bistumlimburg.de, Livestream: www.youtube.com/hausamdom

Marode Schulen sanieren

Zum Amtsantritt der neuen Landesregierung legte die GEW alarmierende Zahlen zum Investitionsstau an den hessischen Schulen vor. Der Finanzbedarf belaufe sich auf rund 5 Milliarden Euro, etwa die Hälfte entfalle auf die Stadt Frankfurt. Der GEW-Vorsitzende Thilo Hartmann forderte Finanzminister Lorz auf, seine Haltung zur Schuldenbremse zu überdenken: *„Er sollte den Zustand der Schulen aus seinem früheren Amt gut kennen.“*

Kulturerbe macht Schule

Am 3. Mai 2024 endet die Bewerbungsfrist für die Förderung von Schulprojekten zu den Themen Kulturelles Erbe und Denkmalschutz. Mit dem Wettbewerb „denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ fördern die Deutsche Stiftung Denkmalschutz und ihre Partner seit 2002 bundesweit Projekte im Unterricht, in Schul-AGs oder als Angebot im Ganztag.

- *Informationen und Bewerbungsunterlagen: www.denkmal-aktiv.de/teilnahme*

Zum Inhaltsverzeichnis

Trauer um Werner Guttmann

Der GEW-Kreisverband Darmstadt-Land trauert um seinen Ehrenvorsitzenden Werner Guttmann, der am 14. Januar 2024 im 56. Jahr seiner GEW-Mitgliedschaft im Alter von 89 Jahren gestorben ist. In seiner ausdauernden, kompetenten und immer auf Aktionen zielenden Art hat er während seiner aktiven Zeit in verschiedenen Funktionen als Schulpersonalrat, als Vorsitzender im damaligen Gesamtpersonalrat Darmstadt-Dieburg und im Kreisvorstand als stellvertretender Vorsitzender die Arbeit entscheidend mitgetragen und geprägt. Er war nie damit zufrieden, dass die Herausforderungen bei der konsequenten Vertretung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen nur allgemein besprochen waren. Seine drängende Frage war: „Und wie setzten wir das jetzt zügig um?" Er gab sich erst zufrieden nach Beschlüssen mit Handlungsfolgen. Auch nach seiner Pensionierung beteiligte er sich weiter unermüdlich an unserer Arbeit im Kreis. Bis zuletzt engagierte er sich in der Betreuung unserer Seniorinnen und Senioren und führte das Protokoll unserer Vorstandssitzungen. Auf Landesebene nutzte er seine Freiräume und übernahm über mehrere Jahre die „Informationen aus dem Hauptpersonalrat". Trotz seines hohen Alters und seines Gesundheitszustandes nahm er ganz konsequent an allen Demonstrationen teil, so auch noch im Herbst 2022 an der großen Demo „A 13 für alle". Das kennzeichnet seine Beharrlichkeit und seinen ungebrochenen Tatendrang. Wir werden ihn nicht vergessen und ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

GEW-Kreisverband Darmstadt-Land

Theaterlabor Darmstadt: Planet sucht Prinz

Das Theaterlabor Darmstadt und sein inklusives Ensemble machen sich mit ihrem neuen Stück „Planet sucht Prinz" auf die Suche nach einem neuen Planeten, keine schlechte Idee angesichts des desolaten Zustands der Welt: „Unser Kompass ist unsere Fantasie, mit der wir unsere eigene Ausdruckswelt erfinden. So wird das Unerwartete zu ästhetischer Erfahrung." Dabei folgt die Reiseroute Auszügen aus dem kleinen Prinzen. Die nächsten Aufführungen im Theaterhaus Moller, Sandstrasse 10, 64283 Darmstadt: 27.4.2024 um 20 Uhr, 28.4. um 18 Uhr, 4.5. um 20 Uhr und 5.5. um18 Uhr.

- *Infos: https://www.theaterlabor-inc.com, Kartenvorbestellung: karten@theatermollerhaus.de*

(Foto: Manfred Rademacher)

DGB trauert um Karl Fischer

Karl Fischer, ehemaliger Realschullehrer und seit 62 Jahren GEW-Mitglied, ist nicht mehr unter uns. Er war von 1961 bis 2001 Lehrer für Mathematik und Musik in Babenhausen, Ober-Ramstadt und Roßdorf. In Babenhausen baute er die Förderstufe mit auf. In den 70er Jahren erwarb er sich den Namen „Mengenlehre-Fischer", da er die Mengenlehre nicht nur den Schülerinnen und Schülern vermittelte, sondern auch Volkshochschulkurse für Erwachsene anbot. Von 1968 bis 2001 gehörte er dem Aufgabenausschuss für den landesweiten Mathematikwettbewerb an. Sein zweiter Schwerpunkt war die Musik. Er war im Ober-Ramstädter Stadtorchester aktiv und als Alleinunterhalter mit seiner Hammondorgel unterwegs. Jahrelang engagierte er sich in Asbach in der Betreuungseinrichtung von psychisch kranken und seelisch beeinträchtigten Menschen. Die GEW lag ihm von Anbeginn seiner Lehramtstätigkeit am Herzen. So unterstützte er 1997 den Streik der Beamtinnen und Beamten, der die Einstellung von 3.000 Lehrerinnen und Lehrern für Hessen forderte. Seit der Wiederbelebung des DGB-Ortsverbandes im Jahre 2006 half Karl Fischer vor dem 1. Mai bei der Plakataufstellung und beim Auf- und Abbau des Infostandes. Ich verliere mit Karl Fischer meinen Lebenspartner, meinen Unterstützer und Beschützer gegen die AfD.

Barbara Ludwig
DGB-Ortsverband Ober-Ramstadt

Zeitreise durch die Evolution

Der LesePeter der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien der GEW (AJuM) geht im März 2024 an das Sachbuch von Michael Stang und Bea Davies „Mensch! Eine Zeitreise durch die Evolution" (CARLSEN Verlag 2023, 80 Seiten, 20 €). Die AJuM lobt das Buch als „wunderbare Mischung aus Comic und Wissen über die Geschichte der Menschheit, angefangen von den frühen Menschenarten bis hin zum Homo sapiens.

- *Weitere Rezensionen: www.ajum.de*

Ob auf Papier, digital auf CD oder USB-Stick:
Das Standardwerk „Dienst- und Schulrecht für Hessen“ mit über 1900 Seiten ist eine große Hilfe für ihre Arbeit im Schulbereich!!

Klassische Papierausgabe:

Umfangreiches Inhalts- und Stichwortverzeichnis, so leicht zu recherchieren.
Das komplette Grundwerk in 2 Ordnern
regulär 39,90 EUR
für GEW-Mitglieder nur 29,80 EUR

Digital auf USB oder CD

Unter Windows mit Adobe Reader komfortabel und einfach recherchieren.
Komplett auf CD oder auf USB-Stick
regulär 38,00 EUR
für GEW-Mitglieder nur 28,00 EUR

Auf Wunsch mit jährlich 1 bis 2 Aktualisierungen - so bleibt ihr Dienst- und Schulrecht stets auf neuestem Stand

Mensch & Leben Verlagsges.mbH, Postfach 1944, 61389 Bad Homburg,
Tel.: 06172-95830, Fax: 06172-958321, E-mail: mlverlag@wsth.de

www.dienstundschulrecht.de

IMPRESSUM

HLZ **Mitgliederzeitschrift der GEW Hessen**

ISSN 0935-0489

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt am Main
Telefon: 069-971293-0
Fax: 069-971293-93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Redaktion:
Katja Pohl (verantwortlich)
E-Mail: kpohl@gew-hessen.de
Dr. Roman George
Telefon: 069-971293-20
E-Mail: rgeorge@gew-hessen.de

Gestaltung: Harald Knöfel

Titelthema: Dr. Roman George, Katja Pohl, Helmolt Rademacher

Mitarbeit: Christoph Baumann (Bildung), Dr. Simone Claar (Hochschule), Stefan Edelmann (Bildung), Harald Freiling (Service), Dr. Andrea Gergen (Aus- und Fortbildung), Michael Köditz und Steve Kothe (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Dana Lüddemann (Gewerkschaftliche Bildung), Andreas Werther (Sozialpädagogik), Peter Zeichner (Mitbestimmung)

Illustrationen: Ruth Ullenboom (S. 4), Joyce Abrahams (S. 20-23, 27), Beratungsnetzwerk Hessen (S. 10), Thomas Plaßmann (S. 36)

Fotos: Alle GEW Hessen, mit Ausnahme von: Fototeam Hessen Dietmar Tietzmann (S. 1, 8, 19) & Wolfgang Schödel (S. 19) & Reiner Kunze (S. 19), HMKB (S. 24), Freepik (S. 31, 32), Manfred Rademacher (S. 38)

Verlag: STAMM Verlag GmbH
Dr. Heide Stamm
Goldammerweg 16, 45134 Essen
Telefon: 0201-84300-0
E-Mail: info@stamm.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt a.M.

Zuschriften:
Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen. Die Autorinnen und Autoren stimmen einer Veröffentlichung ihrer Beiträge auf der Homepage der GEW Hessen zu.

Redaktionsschluss:
Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:
Fotomechanische Wiedergabe, sonstige analoge oder digitale Vervielfältigungen sowie Übersetzungen, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlags.

Druck:
Druck- und Verlagshaus Thiele & Schwarz GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7
34123 Kassel

Zum Inhaltsverzeichnis

gemeinnützige bildungsgesellschaft der GEW Hessen

lea bildet ...

iPhone und iPad für Einsteiger*innen und Senior*innen
17. April 2024, Marburg

UBUS – Rechte und Pflichten für sozialpädagogische Fachkräfte
17. April 2024, Frankfurt

Endspurt: Pensionierung und Beamtenversorgung
18. April 2024, Fulda

Resilienz stärken in Zeiten von Krisen und Herausforderungen: Mit Positiver Neuroplastizität innere Stärken ausbilden
18. April 2024, Online

Gefährdungsbeurteilung im Schuldienst, Teil 2: Beteiligung und Mitbestimmung der Personalräte
18.-19. April 2024, Göttingen

Maschinenschein Holzverarbeitung
19.-20. April 2024, Kassel

Einfache Drucktechniken im Kunstunterricht: Drucken ohne Presse
22. April 2024, Darmstadt

Selbstbetrug statt Selbstbestimmung: Kritische Betrachtung zum Selbstbestimmungsgesetz
22. April 2024, Online

Lesen – Schreiben – Rechtschreiblernen (Kl. 1-4): Eltern mit ins Boot nehmen
23. April 2024, Frankfurt

Philosophieren mit Kindern
24. April 2024, Darmstadt

Betriebsratswissen: Mitbestimmung im Zusammenspiel mit Tarifverträgen
24. April 2024, Online

Englisch-Unterricht in der Grundschule – gar nicht so schwer!
25. April 2024, Online

Rechtsfragen I B (Arbeitszeit): Teilzeit, Dienstpflichten und Mehrarbeit
25./30. April 2024, Online

Handlungsorientiert unterrichten mit der Methode „Das Schulbuch als Rollenspiel“
25. April 2024, Frankfurt

Rechte und Pflichten von Lehrkräften: Dienstordnung, Konferenzordnung, Schulgesetz
25. April 2024, Idstein

Hochsensibilität in der Schule
26. April 2024, Online

Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Grundschule
29. April 2024, Darmstadt

Trans*, Inter*, nicht-binär: geschlechtliche Vielfalt in Bildungseinrichtungen
29. April 2024, Online

Yoga mit Kindern
30. April 2024, Wiesbaden

Aktuelle Änderungen, neue Veranstaltungen und das vollständige Programm finden Sie unter **www.lea-bildung.de**

Anmeldung

Tel. 069 97 12 93-27
Fax 069 97 12 93-97
Online www.lea-bildung.de
E-Mail anmeldung@lea-bildung.de